Fragen der Freiheit

Heft 254
April–Juni 2000

Einkommens- und Vermögensverteilung

Aus unserer Beweisführung kann jedoch eine zweite, viel grundlegendere Folgerung abgeleitet werden, die für die Zukunft der Ungleichheiten von Reichtum von Gewicht ist, nämlich unsere Zinstheorie…

Ich bin überzeugt, daß die Nachfrage nach Kapital streng begrenzt ist, in dem Sinne, daß es nicht schwierig wäre, den Bestand an Kapital bis auf einen Punkt zu vermehren, auf dem seine Grenzleistungsfähigkeit auf einen sehr niedrigen Stand gefallen wäre. Dies würde nicht bedeuten, daß die Benützung von Kapitalgütern sozusagen nichts kosten würde, sondern nur, daß der Ertrag aus ihnen nicht viel mehr als ihre Erschöpfung durch Wertverminderung und Veraltung, zusammen mit einer gewissen Spanne für das Risiko und die Ausübung von Geschicklichkeit und Urteilsvermögen, zu decken haben würde. Kurz gesagt, der Gesamtertrag von dauerhaften Gütern während ihrer Lebensdauer würde, wie im Falle von Gütern von kurzer Dauer, gerade ihre Arbeitskosten der Erzeugung *plus* einer Entschädigung für das Risiko und die Kosten der Geschicklichkeit und Aufsicht decken.

Obschon dieser Zustand nun sehr wohl mit einem gewissen Maß von Individualismus vereinbar wäre, würde er doch den sanften Tod des Rentners bedeuten, und folglich den sanften Tod der sich steigernden Unterdrückungsmacht des Kapitalisten, den Knappheitswert des Kapitals auszubeuten. Kapitalzinsen sind heute keine Belohnung für ein wirkliches Opfer, sowenig wie die Pachtzinsen von Land. Der Besitzer von Kapital kann Zinsen erhalten, weil das Kapital knapp ist, gerade wie der Besitzer von Land einen Pachtzins erhalten kann, weil das Land knapp ist. Aber während an sich Gründe für die Knappheit von Land bestehen mögen, bestehen an sich keine Gründe für die Knappheit des Kapitals…

Ich betrachte daher die Rentnerseite des Kapitalismus als eine vorübergehende Phase, die verschwinden wird, wenn sie ihre Leistung vollbracht hat.

J. M. Keynes

FRAGEN DER FREIHEIT

– Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft –

Folge 254

April–Juni 2000

seit 1957

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung e.V.
Badstraße 35, D-73087 Bad Boll, Telefon (0 71 64) 35 73
Internet: www.sffo.de

Inhaltsverzeichnis

Seite

Helmut Creutz
Vermögens- und Einkommensverteilung in einer kapitalistischen Wirtschaft und danach 3–24

Roland Geitmann
Anregungen für eine gerechte Wirtschaftsordnung im 21. Jahrhundert 25–38

Fritz Andres
Bodenverteilung und Frieden, Stadtentwicklung und Ökologie. 39–58

Seminar für freiheitliche Ordnung
Tätigkeitsbericht 1998/99 59–63

Die Autoren dieses Heftes 58

Vermögens- und Einkommensverteilung in einer kapitalistischen Wirtschaft und danach

Helmut Creutz)*

Bevor man den Gegebenheiten in und nach einer kapitalistischen Wirtschaft nachgeht, ist es zweckmäßig, erst einmal den hier benutzten Ausgangsbegriff zu klären:

Was ist Kapital?

Unter Kapital versteht man im weitesten Sinn alle Mittel, die man zum Produzieren nutzen kann, von den Naturgütern über die vom Menschen geschaffenen Sachwerte bis hin zu seinem Verstand. Im engeren Sinn – und der ist hier gemeint – werden unter Kapital alle jene Vermögenswerte verstanden, die ohne Leistung ihres Eigentümers ein Einkommen abwerfen. Am einfachsten ist das beim Geldkapital nach zu vollziehen, also bei den Ersparnissen und deren Verzinsung. Da jedoch alle Sachinvestitionen nur über Finanzierungen mit Geld zu Stande kommen, überträgt sich diese beim Geldkapital erzielbare Zinsrendite auch auf alle Sachinvestitionen in der Wirtschaft, also auf die Produktionsmittel im weitesten Sinne, die man deswegen auch als Sachkapital bezeichnet.

Besonders deutlich wird dieser Zusammenhang bei Objekten, die mit Krediten finanziert worden sind. Aber auch bei einer Finanzierung mit Eigenkapital ist das nicht anders. Denn niemand wird sein Geld in der Wirtschaft investieren, wenn er daraus nicht das gleiche Zinseinkommen erwarten kann, das er bislang für seine Geldeinlage bei der Bank erhalten hat. Im allgemeinen wird er sogar einen höheren Ertrag erwarten, da mit dieser Investition sowohl Arbeit als auch ein höheres Risiko verbunden ist.

Durch diese Übertragung der zinstragenden Eigenschaft unseres heutigen Geldes auf die Produktionsmittel werden also auch diese zu Kapital. Dabei spielt es keine Rolle, ob sich dieses Kapital in privaten, öffentlichen oder genossenschaftlichen Händen befindet: In allen Fällen muß die Verzinsung des eingesetzten Geldes gesichert sein, bevor es zu einer Investition und damit zu Arbeitsplätzen kommt. Das aber heißt, in einer kapitalistischen Wirtschaft geht die Bedienung des Kapitals der Bedienung der Arbeit immer voraus. Oder anders ausgedrückt: Erstes und entscheidendes Ziel des Wirt-

*) Vortrag, gehalten auf der Tagung »Marktwirtschaft ohne Kapitalismus« des Seminar für freiheitliche Ordnung und der INWO, Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung vom 12.–13. 2. 2000 in Bad Boll.

schaftens in einer kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsform ist die Bedienung des Kapitals. Daß diese Gegebenheiten sowohl die Entwicklungen der Einkommen als auch der Vermögen beeinflussen und darüber hinaus auch die der Verteilung, liegt auf der Hand.

A. Die gegebene Situation und ihre Folgen

1. Was versteht man unter Vermögen und wie entstehen sie?

Neben den in der Wirtschaft eingesetzten, bereits genannten Geld- und Sachkapitalien gehören zu den Vermögen auch noch die selbst genutzten Werte wie z. B. Grundstücke und Häuser, aber auch längerlebige Gebrauchsgüter wie Möbel oder Autos.

Soweit nicht durch Erbschaft oder Schenkung erworben, bauen sich alle diese Vermögen im allgemeinen nach und nach aus zurückgelegten Arbeitseinkommen auf, also durch Ersparnisbildungen. In einer kapitalistischen Wirtschaft eingesetzt, werden diese Ersparnisse dann jedoch selbst zu Einkommensquellen, die aus sich selbst heraus weiter zunehmen. Das wird besonders bei den auf Zins und Zinseszins angelegten Geldvermögen deutlich, deren Vermehrung sogar von der Deutschen Bundesbank einmal als »Selbstalimentation durch steigende Zinserträge« gekennzeichnet wurde. (Monatsbericht Okt.1993).

Kybernetiker und Techniker sprechen bei solchen sich selbst beschleunigenden Entwicklungen von »positiven Rückkopplungen«. Ihnen ist auch geläufig, daß solche sich selbst aufschaukelnden Prozesse zwangsläufig zur Selbstzerstörung hintendieren. Diese Gefahr ist besonders groß, wenn sich eine solche Entwicklung – wie beim Zinseszins-System der Fall – exponenziell beschleunigt.

2. Wie groß sind die Vermögen und wie teilt man sie auf?

Über die Größe der Vermögenswerte in Deutschland gibt es zwar einige statistische Unterlagen, die jedoch – gemessen an der Flut sonstiger laufend fortgeschriebener Statistiken – oft recht lückenhaft sind und auf unterschiedlichen Grundlagen aufbauen.

So werden z. B. in den bis 1997 fortgeschriebenen Tabellen des statistischen Bundesamtes unter dem Begriff »reproduzierbares Sachvermögen« nur die Anlagevermögen und Vorratsbestände ausgewiesen. Zu diesen Anlagevermögen gehören Ausrüstungen und Bauten sowie der öffentliche Tiefbau. Das Geldvermögen und die nicht reproduzierbaren Vermögen, zu denen in erster Linie der Boden und die Bodenschätze zu zählen sind, kommen also in dieser Statistik nicht vor.

Gehen wir von den realistischen Netto-Wiederbeschaffungspreisen aus, also von den Tages- oder Verkehrswerten, dann lagen nach dem Statistischen Jahrbuch von 1998 die genannten Vermögen im Jahr 1997 bei folgenden Größen:

Ausrüstungen:	1.709 Mrd DM
Wohnungen:	4.959 Mrd DM
sonstige Bauten:	3.619 Mrd DM
öffentlicher Tiefbau:*)	1.619 Mrd DM
Vorratsbestände:	600 Mrd DM
gesamtes reproduzierbares Sachvermögen:	12.506 Mrd DM

*) wird mit Bruttowerten eingesetzt, da ständig in Stand gehalten.

Was die Zuordnung der Vermögen betrifft, so unterscheidet man in den Statistiken drei Sektoren, nämlich die privaten Haushalte, die Unternehmen und die öffentlichen Haushalte (also den Staat). Genau genommen sind jedoch die Privathaushalte die Eigentümer aller Vermögen. Denn ihnen gehören letztlich – sieht man von den Naturgütern ab – nicht nur alle Vermögenswerte im Unternehmenssektor, sondern auch alle öffentlichen Vermögen, die ja mit ihren Steuern finanziert worden sind.

Geht man den Vermögensbeständen in den genannten drei Sektoren nach, dann findet man für die Privathaushalte im allgemeinen die umfangreichsten Unterlagen. Z. B. hat die Deutsche Bundesbank in ihrem Monatsbericht vom Januar 1999 folgende Zahlen veröffentlicht, ebenfalls bezogen auf das Jahr 1997:

Vermögen privater Haushalte in Mrd DM:

Immobilienvermögen	
a) Gebäudewert	4.552
b) Grundstückswert	2.539
zusammen	7.091
Geldvermögen	5.176
Gebrauchsvermögen	1.618
Gesamtvermögen	13.886

Angesichts der selten zu findenden Angaben über Bodenwerte ist der hier angeführte Grundstückswert besonders interessant. Bei den privaten Immobilien macht er also mehr als ein Drittel des Gesamtwertes aus.

3. Wie verteilen sich die Vermögen?

Noch unzulänglicher als die Angaben über die Vermögensbestände sind die über deren Verteilung auf die Haushalte. Fast alle Angaben zu dieser Verteilung fußen auf den Stichprobenerhebungen zur Einkommens- und Verbrauchsentwicklung, die alle fünf Jahre bei etwa 50.000 Haushalten auf freiwilliger Basis durchgeführt werden. Dabei wird, eher am Rande, auch nach den wichtigsten Vermögenswerten der Haushalte gefragt. Obwohl den Befragten dabei die Anonymität gegenüber den Finanzbehörden zugesichert wird, dürften die Ergebnisse der Befragung durchweg unter den tatsächlichen Beständen liegen, vor allem bei den größeren Vermögen.

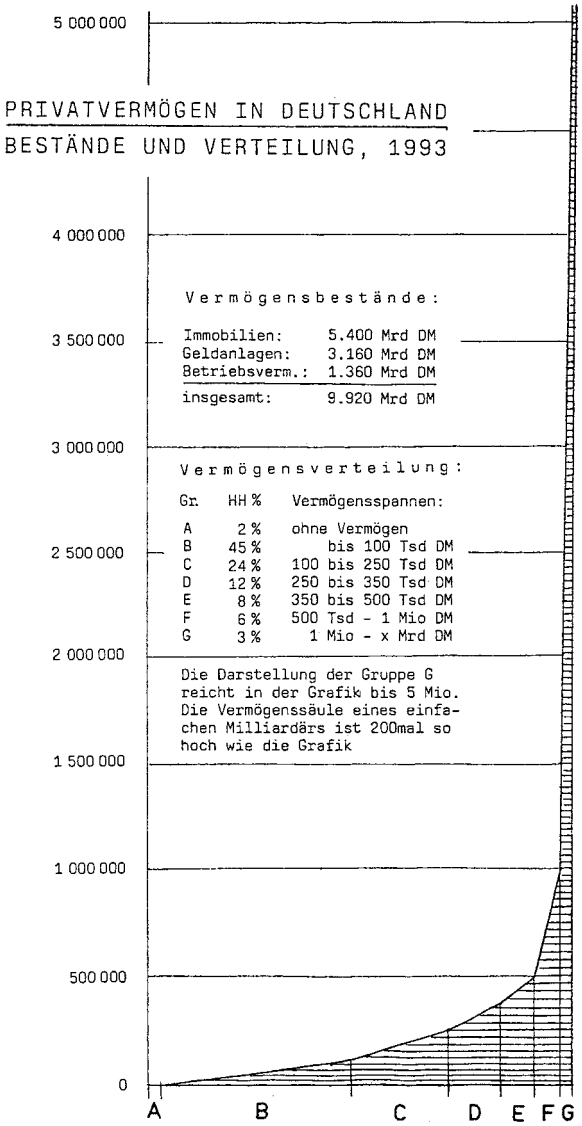
Ausgehend von der vorletzten Stichprobenerhebung im Jahr 1993 hat z. B. das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin (DIW) die nachfolgend in der Darstellung 1 wiedergegebenen Verteilungen der privaten Vermögen ermittelt.

Wie aus der Tabelle auf S. 7 in der Darstellung hervorgeht, verfügten die privaten Haushalte 1993 über ein Vermögen von insgesamt 9.920 Mrd DM. Neben dem angeführten Immobilien- und Geldvermögen wurden hier – statt der Gebrauchsvermögen – das in den Händen der Privathaushalte befindliche Betriebsvermögen hinzu addiert.

Dieses Gesamtvermögen wird dann in der 2. Tabelle auf sieben Haushaltsgruppen verteilt, wobei die grafische Umsetzung die Unterschiedlichkeit der Verteilung besonders deutlich werden läßt.

Faßt man die ersten beiden Gruppen A und B zusammen (die mit 47 Prozent fast die Hälfte aller Haushalte ausmachen), so verfügen diese über weniger als ein Zehntel der Gesamtvermögen. Entsprechend verfügt die andere Hälfte der Haushalte (genau 53 Prozent) über den fast zehnmal größeren »Rest«. Dabei konzentriert sich aber auch hier das Gros des gesamten Vermögens bei den beiden letzten Gruppen F und G, wobei die Säule der reichsten Gruppe G, (die drei Prozent der Haushalte umfaßt), nur andeutungsweise bis zu einer Höhe von fünf Millionen DM wiedergegeben werden kann.

Würde man bei diesen Vermögenswerten einmal die selbstgenutzten, nicht zinsbringenden Wohnungen und Eigenheime herausrechnen, wäre die Konzentration der verbleibenden, verzinsten Vermögen in den Händen der letzten beiden Haushaltsgruppen noch wesentlich extremer, vor allem bei den Betriebsvermögen.



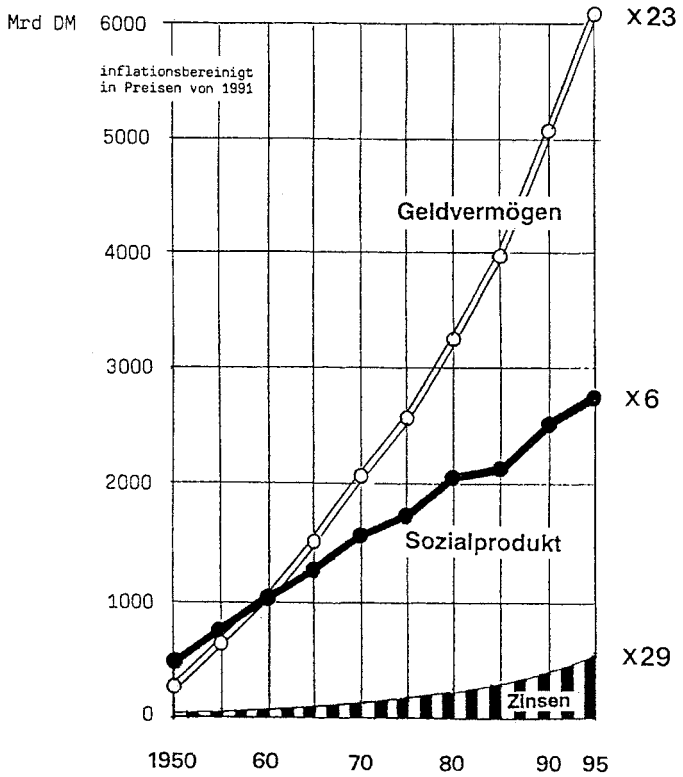
Quelle: Deutsches Institut der Wirtschaft/DIW H. Creutz

Darstellung 1: Privatvermögen in Deutschland, Bestände und Verteilung, 1993

4. Die Situation im Bereich der Geldvermögen

Im Gegensatz zu den Sachvermögen liegen für die Geldvermögen detailliertere und regelmäßig fortgeschriebene Statistiken vor. Das gilt nicht zuletzt für die langfristige Entwicklung der Geldvermögen, die in der Darstellung 2 wiedergegeben und mit derjenigen der Wirtschaftsleistung verglichen wird.

In inflationsbereinigten realen Größen ergibt sich demnach in den dargestellten 45 Jahren ein Anstieg der Wirtschaftsleistung auf das Sechsfache. Dabei zeigt der weitgehend lineare Verlauf des Anstiegs, daß die produzierte Gütermenge (und damit auch der Verbrauch!) über die ganze Zeit hinweg im gleichen Umfang weiter vergrößert wurde, wie das in den ersten Nachkriegsjahren zweifellos sinnvoll und notwendig war.



Quelle: Bundesbank H. Creutz

Darstellung 2: Entwicklung des BSP und der Geldvermögen 1950–1995, nur Westdeutschland

Die Entwicklungskurve der Geldvermögen zeigt dagegen in den gleichen 45 Jahren, ebenfalls inflationsbereinigt, einen Anstieg auf das 23fache. Die Geldvermögen haben jedoch nicht nur rund viermal so rasch wie die Wirtschaftsleistung zugenommen, ihr Anstieg weist auch noch eine zunehmende Beschleunigung aus, was auf den Effekt des Zinseszins zurückzuführen ist.

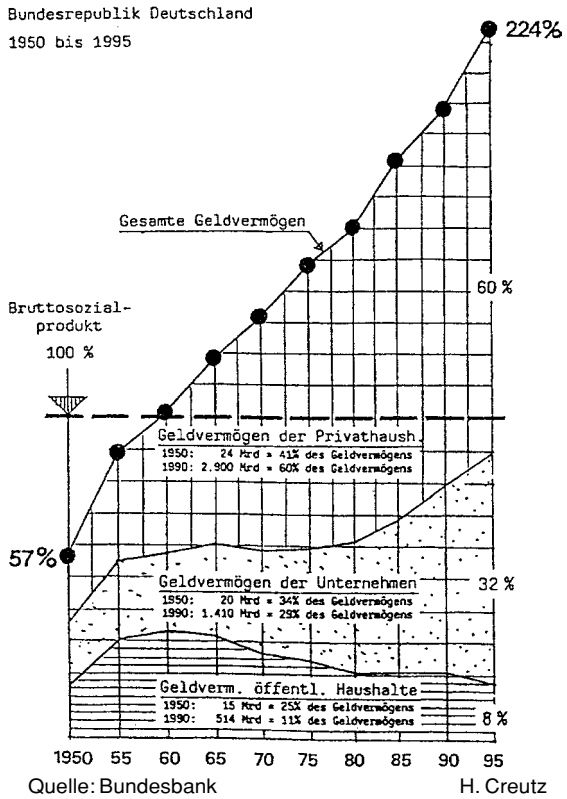
Natürlich ist der hier gezogene Vergleich zwischen der Stromgröße Sozialprodukt und der Bestandsgröße Geldvermögen auf den ersten Blick etwas fragwürdig. Beachtet man jedoch, daß die Geldvermögen aus dem Sozialprodukt bedient werden müssen, wird die Beziehung zwischen beiden Entwicklungen und damit auch die Problematik ihrer Scherenöffnung nachvollziehbar. Das zeigt sich vor allem an den zusätzlich eingetragenen Größen der Bankzinserträge, die – mit dem Geldvermögen übermäßig ansteigend – einen ständig größeren Anteil aus der langsamer wachsenden Wirtschaftsleistung beanspruchen.

Wie sich diese Geldvermögen auf die drei Wirtschaftssektoren verteilen, gibt die Darstellung 3 wieder, in der alle Größen und Anteile jeweils in Prozenten des Sozialprodukts eingetragen sind.

Auch aus dieser Grafik geht zuerst wieder das übermäßige Wachstum der Geldvermögen deutlich hervor: Während 1950 mit jeder Mark Sozialprodukt erst 57 Pfennig Geldvermögen bedient werden mußten, waren es 1995 schon 224 Pfennig (1998 bereits 250 Pfennig!).

Weiterhin ist erkennbar, daß sich die Geldvermögen zu Beginn der 50er Jahre noch relativ gleichmäßig auf alle drei Sektoren verteilten, die öffentlichen Haushalte jedoch ab den 60er Jahren immer mehr zurückfielen. Während anfangs hauptsächlich die Privathaushalte von dieser Verschiebung profitierten, nahmen ab 1980 die Geldvermögen verstärkt bei den Unternehmen zu. 1995 verteilte sich dann das gesamte Geldvermögen zu 60 Prozent auf die Privathaushalte und zu 32 Prozent auf die Unternehmen, während für den Staat nur noch 8 Prozent übrig blieben.

Der aus der Grafik zu entnehmende Trend der Geldvermögensverlagerung vom Staat zu den Bürgern und Unternehmen ist in einer Demokratie grundsätzlich positiv zu werten. Problematisch aber ist, daß mit der Scherenöffnung zwischen Leistung und Geldvermögen zunehmende soziale Spannungen verbunden sind, deren Behebung man im allgemeinen von dem ärmer werdenden Staat erwartet. Außerdem darf nicht vergessen werden, daß in jeder Volkswirtschaft dem positiv erscheinenden Überwachstum der Geldvermögen ein gleichhohes Überwachstum der Schulden gegenübersteht. Denn die sich in den Händen der Vermögenden ansammelnden Einkommensüberschüsse *können* nicht nur über Kredite wieder in den Kreislauf zurückgeschleust werden, sondern sie *müssen* auf diese Weise der



Darstellung 3: Entwicklung der Geldvermögen in Relation zum BSP Deutschland 1950–95, ab 1991 Gesamtdeutschland

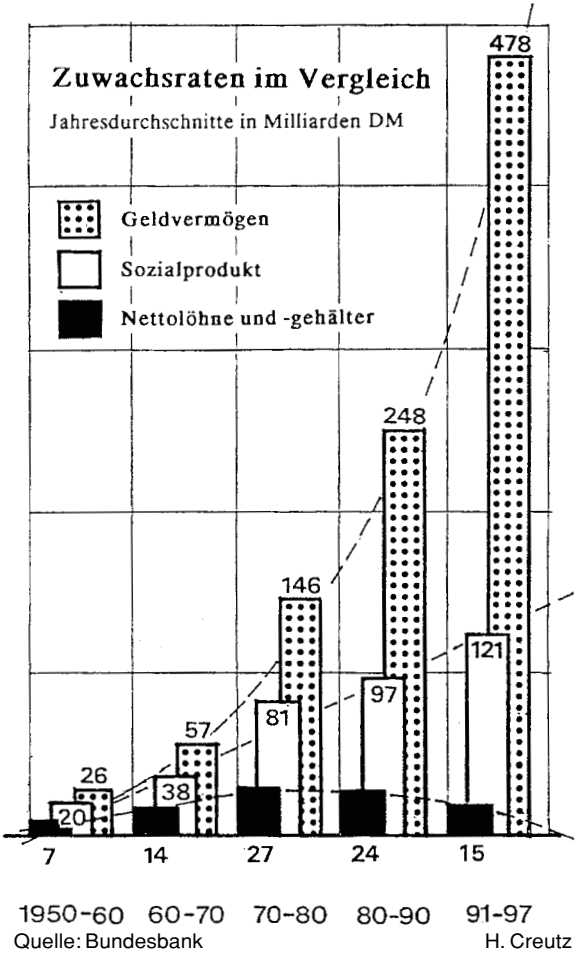
Wirtschaft wieder zugeführt werden. Denn ohne diese Rückführung käme es zu einem Geldmangel in der Wirtschaft mit der Gefahr deflationärer Krisen. Kurz: Die Überschuldungen unserer Gesellschaften und nicht zuletzt die der öffentlichen Haushalte sind das Spiegelbild der im Übermaß zunehmenden Geldvermögen!

5. Entwicklungsvergleich unter Einbeziehung der Lohneinkommen

Die bereits angesprochene Problematik der Scherenöffnung zwischen den Entwicklungen von Geldvermögen und Sozialprodukt wird noch deutlicher,

wenn man, wie in der Darstellung 4, einmal ihre jährlichen Zuwachsraten vergleicht und ihnen zusätzlich noch die Zuwachsraten der Nettolöhne und -gehälter gegenüberstellt.

Die Geldvermögens-Zuwächse, die anfangs noch nahe bei den Zuwachsraten des Sozialprodukts lagen, hatten in den 90er Jahren bereits das 3,3-fache derselben erreicht. Die Zuwachsraten der Nettolöhne fielen dagegen immer mehr zurück. Während die Relationen zwischen den drei Größen in



Darstellung 4: Zuwachs Geldvermögen, BSP und Nettolöhne, ab 1991 Gesamtdeutschland

den ersten beiden Jahrzehnten noch bei 1:3:4 und in den 70er Jahren bei 1:3:5 lagen, drifteten sie in den 80er Jahren auf 1:4:10 und in den 90er Jahren auf 1:8:26 auseinander. Oder anders gerechnet: Mit 18 Mrd DM reichte der Zuwachs der Nettoeinkommen kaum noch aus, um die Zinsansprüche aus dem Zuwachs der Geldvermögen in Höhe von 461 Mrd DM zu bedienen.

Gerade dieser letztgenannte Vergleich läßt erkennen, warum auch bei uns – wie schon seit längerem in Großbritannien und den USA – die Anstiege der Arbeitseinkommen zunehmend von der Wirtschaftsleistung abgekoppelt werden. Das heißt, die Löhne und Gehälter, z. T. aber auch die Einkommen aus Unternehmertätigkeit, müssen nicht nur relativ, sondern immer mehr auch absolut hinter der Entwicklung der Wirtschaftsleistung zurückbleiben. Da unter diesen Bedingungen die Bereitschaft zur Schaffung von Arbeitsplätzen nachläßt, ist man inzwischen zunehmend gezwungen, den Unternehmen durch Steuersenkungen und sonstige Deregulierungen entgegen zu kommen. Das aber ist zwangsläufig nur auf Kosten der Arbeitnehmereinkommen möglich.

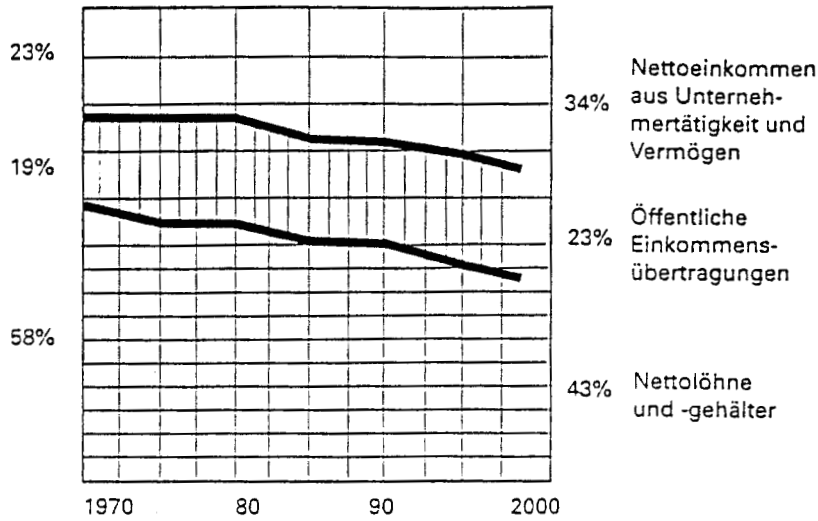
6. Die Zusammensetzung der Haushaltseinkommen

Für die Beurteilung und den Vergleich der Haushaltseinkommen zieht man fast immer das so genannte verfügbare Einkommen der Haushalte heran. Dieses verfügbare Einkommen setzt sich zusammen aus den Nettolöhnen und -gehältern, den Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sowie den öffentlichen Einkommensübertragungen wie z. B. Renten, Wohngeld, Kindergeld, Sozialhilfe usw. Im Jahr 1998 lag die Summe dieser drei Einkommensarten bei 2 446 Mrd DM, was 65 % des Bruttoinlandprodukts entsprach.

Wie sich diese Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens im Laufe der letzten Jahrzehnte verändert hat, geht aus der Darstellung 5 hervor.

Auch in dieser Grafik zeigt sich wieder – ähnlich wie bei der Darstellung 4 – ein Umverteilungstrend zu Lasten der Arbeitseinkommen und zu Gunsten der Vermögenseinkommen. Dieser Trend ist umso gewichtiger, als die Zahl der Selbständigen in dem dargestellten Zeitraum ab- und die der Arbeitnehmer zugenommen hat. Das heißt, bei einer Umrechnung auf die Pro-Kopf-Einkommen würde die Verschiebung zu Ungunsten der Arbeitnehmer noch größer sein.

Mit diesen hier sichtbar werdenden Ungleichgewichten erklären sich auch die zunehmend beklagten Diskrepanzen zwischen Arm und Reich, die inzwischen sogar zum Begriff von der »Neuen Armut« geführt haben. Zu ei-



Quelle: Bundesbank H. Creutz

Darstellung 5: Verfügbare Einkommen – Verteilungsstruktur 1970 bis 1998 in Prozent, ab 1991 Gesamtdeutschland

ner solchen »Neuen Armut« aber kann es in jedem Land nur kommen, wenn ihr eine Überentwicklung des Reichtums gegenübersteht.

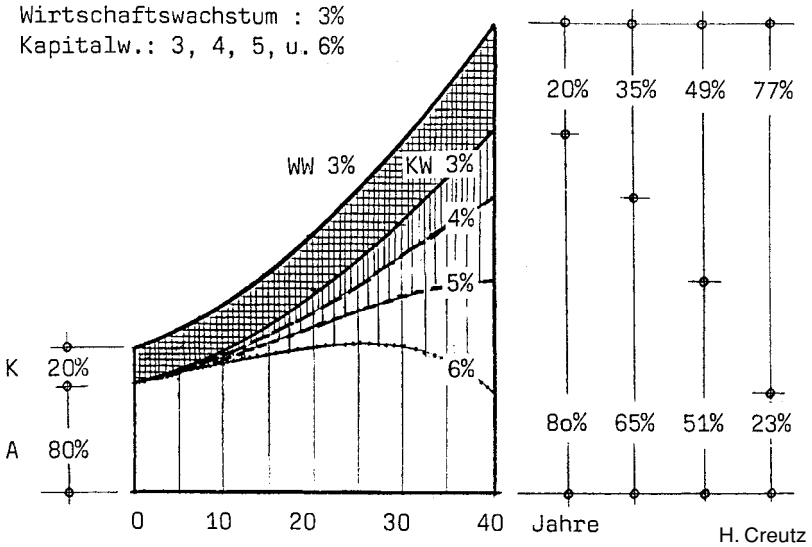
7. Wie kommt es zu diesen Einkommensverschiebungen?

Bei einer gleichbleibend wachsenden Volkswirtschaft sind die Ursachen dieser Einkommensverschiebungen – wie aus den Darstellungen hervorgeht – vor allem durch die Überentwicklungen der zu verzinsenden Kapitalmasse bzw. die daraus resultierenden Zinsansprüche bedingt. Denn da das Sozialprodukt bzw. Volkseinkommen immer nur einmal zwischen Kapital und Arbeit aufgeteilt werden kann, müssen im Übermaß wachsende Ansprüche der einen Seite Anspruchs-Kürzungen für die andere zur Folge haben. Da aber das Kapital bei der Verteilung immer den Vorrang hat, das heißt, seine Zinsansprüche auf jeden Fall bedient werden müssen, zieht die Arbeit zwangsläufig den Kürzeren. Daran ändert auch das jährlich wiederholte Streit-Ritual der Tarifpartner nichts, da sich dabei Arbeitgeber und Arbeitnehmer immer nur um den Rest des Kuchens streiten, den ihnen das Kapital

übriggelassen hat. Diese Zwangsläufigkeit geht aus der Darstellung 6 hervor, in der verschiedene Entwicklungs-Alternativen durchgespielt werden.

Wie diese Schema-Darstellung zeigt, kommt es bei gleichbleibend hohen prozentualen Raten der Wirtschaftsentwicklung zu keiner linearen, sondern zu einer exponenziellen Entwicklung. Als Folge steigt das Sozialprodukt bei einer Wachstumsrate von 3 Prozent in den dargestellten 40 Jahren auf das Zweieinhalbfache an, in 48 Jahren sogar auf das Dreifache. Daß solche gleichbleibend hohen Wachstumsraten darum als Dauerzustand illusorisch sind, dürfte jedem klar sein, der sich die Folgen vergegenwärtigt. Politiker, die solche gleichbleibenden Wachstumsraten trotzdem für wünschenswert bzw. sogar erforderlich halten, wissen also nicht, wovon sie reden.

Nimmt – wie im oberen Teil der Schemadarstellung eingetragen – mit der Wirtschaftsleistung auch das zu verzinsende Kapital um 3 Prozent jährlich zu, dann bleibt die hier angenommene Ausgangsverteilung zwischen Kapital und Arbeit mit 20:80 über die Zeit hinweg gleich. Nimmt aber das Kapital statt mit 3 um 4 Prozent zu, verändert sich der Verteilungsschlüssel in den 40 Jahren bereits auf 35:65 Prozent. Das heißt, die Einkommen aus Arbeit steigen zwar ebenfalls noch an, jedoch geringer als diejenigen aus Kapital.



Darstellung 6: Fiktive Verteilungsentwicklung zwischen Kapital und Arbeit.

Wächst die Kapitalmasse sogar um zwei Prozentpunkte rascher als die Wirtschaftsleistung, also um 5 Prozent, ergibt sich nach 40 Jahren bereits eine Verteilung der Einkommen von 49:51. Das heißt, der vom Kapital beanspruchte Anteil wächst von einem Fünftel des Volkseinkommens auf fast die Hälfte an. Da sich jedoch die Verteilungskurve zwischen beiden Ansprüchen nach 40 Jahren zu neigen beginnt, muß es bei dieser Entwicklung – wie noch deutlicher bei der Kurve mit 6 Prozent Kapitalwachstum zu sehen ist – sehr bald zu einem absoluten Rückgang der Arbeitseinkommen kommen, und das trotz eines weiteren ständigen Wirtschaftswachstums von drei Prozent!

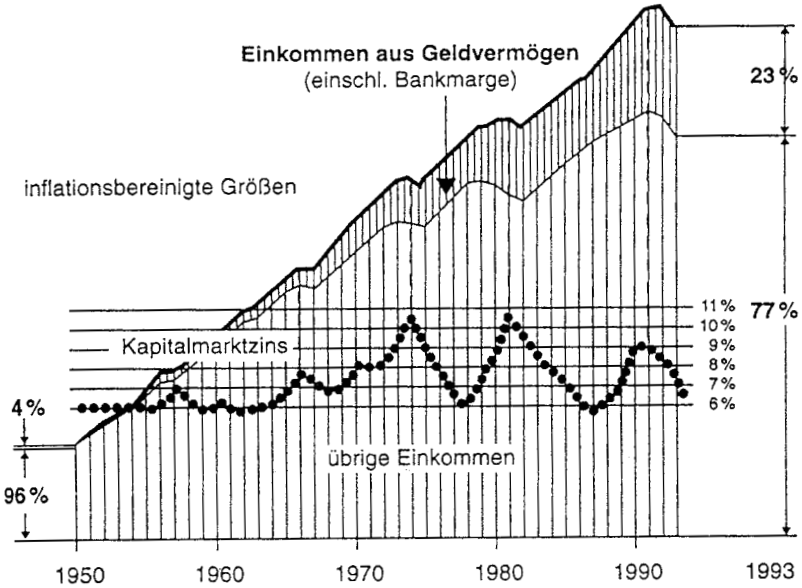
8. Wie sieht diese Verteilung in der Realität aus?

In der Darstellung 7 ist die tatsächliche Entwicklung des Volkseinkommens in Westdeutschland von 1950 bis 1993 in inflationsbereinigten Größen aufgetragen. Wie schon in der Darstellung 1, zeichnet sich auch hier wieder die tendenziell lineare Entwicklung der realen Größen ab. Gegenüber der Schemadarstellung 6, in der sich das Sozialprodukt exponenziell entwickelte, ist es also in der Realität der westdeutschen Wirtschaftsentwicklung ›nur‹ zu einem linearen Anstieg gekommen, also zu ständig sinkenden Wachstumsraten.

Wie aus der Darstellung hervorgeht, wurde das lineare Wachstum des Volkseinkommens bei genauerer Betrachtung durch immer deutlicher werdende ›Kerben‹ unterbrochen. Diese Markierungen geben die Konjunktureinbrüche wieder, die – wie die zusätzlich eingetragene Kurve der Kapitalmarktzinsen vermittelt – jeweils den Hochzinsphasen folgten. Ursächlich dafür sind die mit den Hochzinsphasen ansteigenden Zinsbelastungen. Sie führen zu einer Abschwächung der Konjunktur und schließlich sogar zu einem kurzzeitigen Rückgang des Sozialprodukts. Aus diesen Konjunktureinbrüchen wiederum resultieren die jeweiligen Anstiege der Arbeitslosigkeit wie der Firmenpleiten, die wir in jeder Krisenphase registrieren können.

Im oberen Teil der Darstellung 7 ist die Fremdkapitalbelastung der Wirtschaft abgetragen, die sich in etwa aus den statistisch ausgewiesenen Zinserträgen der Banken übernehmen läßt. Diese Bankzinserträge wiederum spiegeln – nach Abzug der Bankmarge – die Einkommen aus Geldvermögen wieder.

Unterhalb dieser Markierung verbleiben dann alle übrigen Einkommen. Dazu gehören auch die Zinseinkommen aus den schuldenfreien Sachkapitalien, die jedoch in den Statistiken nicht separat ausgewiesen werden.



Quelle: Bundesbank H. Creutz

Darstellung 7: Entwicklung des Volkseinkommens und der Kosten für das Fremdkapital in Westdeutschland 1950 bis 1993, inflationsbereinigte Wiedergabe

Betrachtet man nun die Entwicklung beider Bereiche, dann hat sich der Verteilungsschlüssel zwischen dem Volkseinkommen und den Bankzinserträgen in den dargestellten 43 Jahren von 4:96 auf 23:77 erheblich verschoben. Auch wenn diese Verschiebung in der Einkommensverteilung durch das ständig gestiegene Wirtschaftswachstum optisch überspielt wird, läßt der Anstieg des unteren Bereichs eine nachlassende Tendenz erkennen. Das wird besonders deutlich, wenn man ein Lineal anlegt.

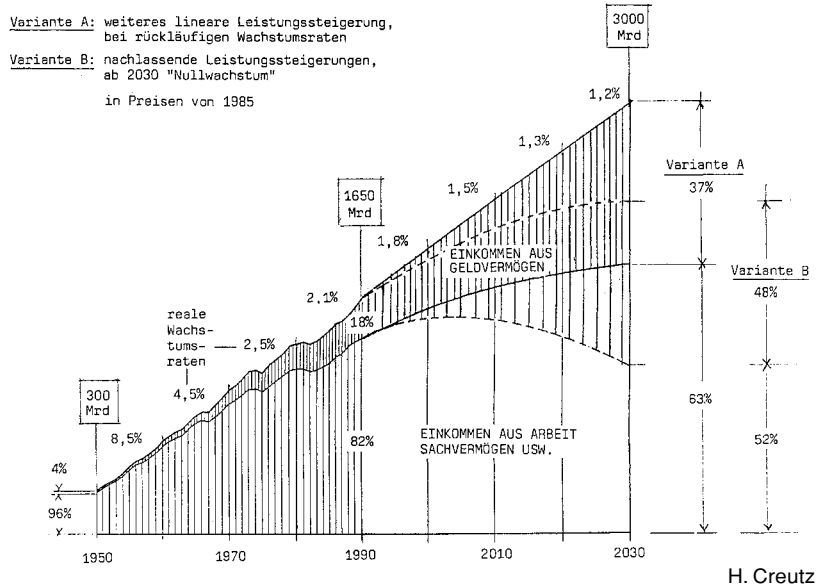
Welche Folgen diese Tendenz in der Zukunft haben könnte, zeigt die Darstellung 8. In ihr ist die Entwicklung von 1950 bis 1990 einmal um weitere 40 Jahre bis 2030 verlängert worden.

Wie die in jeder Dekade eingetragenen realen Wachstumsraten zeigen, würde in dem jetzt begonnenen ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts bereits ein durchschnittliches Wachstum von 1,5 Prozent genügen, um das bisherige lineare Wachstum weiter fortzuführen. In den 60er Jahren waren für diese lineare Entwicklung noch Wachstumsraten von 4,5 Prozent erforderlich, in den 50er Jahren sogar von 8,5 Prozent. Doch auch bei diesen ständig

nachlassenden Wachstumsraten würde es bis zum Jahr 2030 zu einer nochmaligen Verdopplung unserer Wirtschaftsleistung kommen.

Obwohl eine solche Verdopplung eigentlich undenkbar ist, wird der *Variante A* ein weiterer linearer Anstiegsverlauf zu Grunde gelegt. Geht man dabei weiterhin von dem bisherigen überproportionalen Wachstum der Geldvermögen und Zinseinkünfte aus (wenn auch mit ebenfalls nachlassenden Raten!), dann würde sich der Einkommens-Verteilungsschlüssel von 4:96 1950 und 18:82 1990 bis zum Jahr 2030 auf 37:63 verändern. Und schon wenige Jahre später würde der Zuwachs der übrigen Einkommen stagnieren und anschließend immer mehr zurückfallen.

Im Hinblick auf die ökologischen Belange wird in der *Variante B* angenommen, daß sich das bisherige lineare Wirtschaftswachstum verlangsamt und etwa um das Jahr 2030 auf eine stabil bleibende Leistungsgröße einpendelt. Eine Entwicklung also, die eigentlich schon längst überfällig gewesen wäre, zumindest in den übersättigten Industrienationen.



Darstellung 8: Entwicklung des Volkseinkommen und der Bankzinserträge von 1950 bis 1990, fiktive Verlängerung um weitere 40 Jahre

Bei dieser ökologisch wünschenswerten Entwicklung nach Variante B aber müssten sich die übrigen Einkommen (und hier vor allem die aus Arbeitnehmertätigkeit!) bereits in unserem gerade begonnenen ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts zurückentwickeln. Bis zum Jahr 2030 würde sich dann allerdings die Verteilung zwischen den beiden Einkommensgrößen auf 48:52 verschieben. Das heißt konkret, die Hälfte des gesamten Volkseinkommens ginge dann an die Banken und über diese an die Geldvermögensbesitzer.

Es bedarf keiner Erklärung, daß eine solche Entwicklung bereits vor dem Jahr 2030 zu erheblichen sozialen Problemen führen müßte, wie immer diese auch aussehen mögen.

B. Die Alternative: Eine vom Kapitalismus befreite Marktwirtschaft

Wie vorstehend dargelegt, ist die Problematik der Vermögens- und Einkommensverteilung in unserer kapitalistischen Wirtschft vor allem an den leistungslosen Einkommen festzumachen. Die daraus resultierende Polarisierung zwischen Arbeit und Besitz, bzw. Arm und Reich, kann darum auch nur dann abgebremst oder sogar nach und nach abgebaut werden, wenn diese aus Kapital resultierenden Einkommen verringert bzw. wenigstens auf die Quote des allgemeinen Wirtschaftswachstums zurückgeführt werden können. Das wiederum wäre nur möglich, wenn die Zinssätze auf bzw. unter die Wachstumsraten sinken.

Gelingt es, die Zinssätze und das Wachstum des verzinsten Kapitals an das der Wirtschaft anzupassen, würde auch der Zwang zur ständigen Leistungssteigerung nachlassen. Denn diese Steigerung ist heute unverzichtbar, wenn wir den sozialen Frieden in unseren Gesellschaften wenigstens noch eine Weile halbwegs aufrecht erhalten wollen. Da dieses ständige Wirtschaftwachstum letztlich aber nur auf Kosten der Natur umsetzbar ist, bezahlen wir die Vermeidung des sozialen und ökonomischen Kollapses letztlich mit jenem unserer Umwelt.

9. Wie kommen wir zu sinkenden Zinsen?

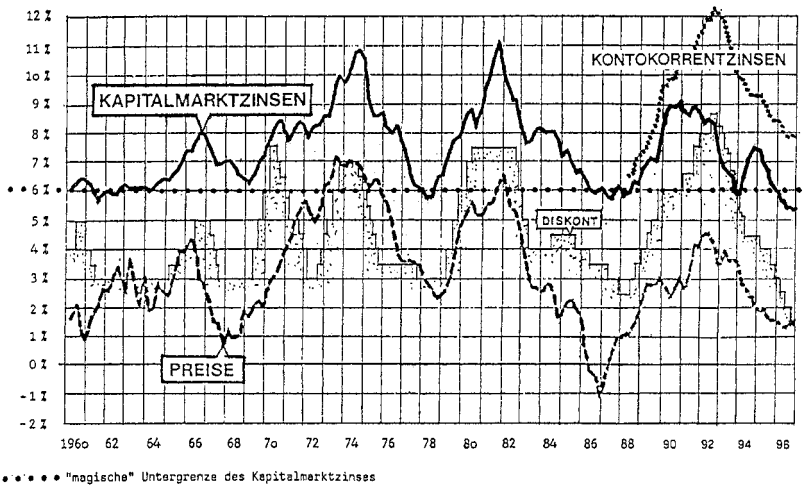
Bei dieser Überlegung hilft uns die Darstellung 9 weiter. Aus ihr geht einmal hervor, daß die Zinssatzschwankungen und damit die konjunkturbelastenden Hochzinsphasen bislang entscheidend von den Schwankungen und der Höhe der Inflationsraten bestimmt wurden. Zum zweiten geht daraus hervor, daß die für Investitionsentscheidungen besonders wichtigen Kapi-

talmarktzinsen bislang zwar mit den Inflationsraten abgesunken, aber während der ersten vier Nachkriegs-Jahrzehnte an der »magischen« Untergrenze von 6 Prozent jeweils zum Stillstand gekommen sind.

Gehen wir von diesen Gegebenheiten aus, dann wäre zur Absenkung der Zinsen als erster Schritt eine Minimierung der Inflationsschwankungen und darüber hinaus ein Abbau der Inflationsraten gegen Null anzustreben. Als zweiter Schritt wäre ein Absinken der Zinssätze auf die Wachstumsraten erforderlich und nachfolgend, zusammen mit diesen Wachstumsraten, ein Absinken der Zinssätze gegen Null. Das gilt zumindest für die Industrienationen. Denn nur damit könnte die weitere Polarisierung zwischen Nord und Süd bzw. Ost und West vermieden und in den ärmeren Länder in der Welt eine Anhebung ihres Wohlstands ermöglicht werden.

Bekanntlich haben sich die Notenbanken in den letzten Jahren bereits mit einigem Erfolg um die Überwindung der Inflation und damit die Stabilisierung der Kaufkraft bemüht. Wie aus der Darstellung zu entnehmen, kam es in Deutschland in den 90er Jahren sogar zum ersten Mal zu einem deutlichen Absinken der Kapitalmarktzinsen unter die Marke von sechs Prozent.

Allerdings sind solche niedrigen Zinssätze unter den herrschenden Gegebenheiten nicht ungefährlich. Denn Zins und Inflation sind heute immer



Quelle: Bundesbank H. Creutz

Darstellung 9: Vergleich der Inflations- und Zinsentwicklung Deutschland 1960 bis 1999

noch, trotz ihrer negativen Effekte, als Mittel zur Umlaufsicherung des Geldes unverzichtbar: die Inflation als Peitsche, die das Geld in die Nachfrage treibt, und der Zins als Zuckerbrot, das Überschüsse in die Anlagen lockt. So begrüßenswert also das Absinken beider Raten in den letzten Jahren grundsätzlich war, ab einer bestimmten Untergrenze kann es damit zu Stockungen des Geldkreislaufs kommen. Solche Stockungen aber führen allzuleicht zu Rezessions- und Deflationsentwicklungen, wie wir sie in den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts erlebt haben und heute wieder in Japan erleben. Und der Versuch, das blockierte Geld durch neu gedrucktes zu ersetzen, führt – wenn der Durchbruch überhaupt gelingt – erfahrungsgemäß nach etwa zwei Jahren zu einem erneuten Inflations- und Zinsschub und damit zu einer erneuten Hochzinsphase mit ihren von Mal zu Mal schlimmeren Folgen. Die Notenbanken balancieren also – trotz aller Fortschritte in der Geldmengensteuerung – ständig auf einem schmalen Grat zwischen Inflation und Deflation. Und das wird so lange der Fall bleiben, wie der Geldumlauf außerhalb ihrer Kontrolle bleibt.

Wollen wir solche Gefahren vermeiden, genügt es also nicht, die Inflations- und Zinsraten einfach nur herunterzufahren. Vielmehr müssen wir dafür sorgen, daß sich das Geld, trotz der sinkenden Anreize, weiterhin als Kauf- bzw. Leihgeld dem Kreislauf zur Verfügung stellt. Dies wäre durch die Einführung einer Geldhalte- oder -nutzungsgebühr zu erreichen, deren technische Durchführung hier nicht weiter erörtert werden soll. Erinnert sei nur daran, daß nicht nur Sivio Gesell oder Rudolf Steiner für diese Maßnahme plädiert und dabei von *»rostendem«* bzw. *»alterndem«* Geld gesprochen haben. Auch *John Maynard Keynes* hat die Vorteile einer solchen »Durchhaltegebühr auf Geld« (carrying costs) in seiner *»Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes«* herausgestellt und u. a. darauf hingewiesen, daß diese Maßnahme *»den sanften Tod des Rentiers bedeuten«* und *»der vernünftigste Weg«* sein könne, *»um allmählich die verschiedenen anstößigen Folgen des Kapitalismus loszuwerden«*.

10. Was wären die Vorteile einer kapitalismusfreien Marktwirtschaft?

Gelingt es, den Geldumlauf durch eine Geldnutzungsgebühr auch bei sinkenden Zinsen zu verstetigen, das heißt, überschüssige Geldbestände auch dann noch regelmäßig der Wirtschaft als Kreditmittel zuzuführen, dann stabilisiert sich bei entsprechender Geldmengensteuerung mit dem Geldumlauf zuerst einmal die Kaufkraft und die allgemeine Wirtschaftslage. Als nächstes ginge mit der nachlassenden »Selbstalimentation« das übermäßige

Wachstum der Geldvermögen zurück und damit auch der Zwang zu einer immer höheren Verschuldung. Damit wiederum würden die Zinsströme sinken und mit diesen die den sozialen Frieden immer mehr belastenden Einkommensumschichtungen.

Als Folge dieser nachlassenden Überentwicklungen im Bereich der Geldvermögen, Schulden und Zinsströme, könnte es außerdem zu organischen Sättigungsprozessen auf den Märkten kommen, ohne Zwang zu weiterem Wirtschaftswachstum, der schon in unseren Tagen nur noch mit einem immer größeren Werberummel umzusetzen ist. Außerdem würden in einer Wirtschaft ohne bzw. mit nur marginalen zinsbedingten Einkommens-Umverteilungen weitere Produktivitätssteigerungen allen gleichermaßen zu Gute kommen und nicht mehr, wie bisher, überwiegend der Kapitalseite.

Durch diese Entspannung auf der Verteilungsebene des Volkseinkommens käme es auch zu Entspannungen auf dem Arbeitsmarkt. Denn die Arbeitnehmer können bei sinkenden Zinslasten auch mit kürzeren Arbeitszeiten ihren Lebensstandard aufrechterhalten und sich darum mit den heute Arbeitslosen in die vorhandene sinnvolle Arbeit teilen. Das heißt, auch ohne Wirtschaftswachstum würde eine gerechtere Verteilung der Arbeit und des daraus resultierenden Einkommens möglich. Das aber heißt keinesfalls, daß der technische Fortschritt oder eine weitere Steigerung der Produktivität nicht mehr möglich wäre, denn diese sind durchaus auch mit dem vorhandenen Kapitalstock und ohne dessen Ausweitung umzusetzen.

Auch der Anreiz zu solchen Fortentwicklungen, der weiterhin in zusätzlichen wenn auch vorübergehenden Gewinnerwartungen besteht, bleibt bei sinkenden Zinsen erhalten.

11. Welche positiven Folgen hätten sinkende Zinsen?

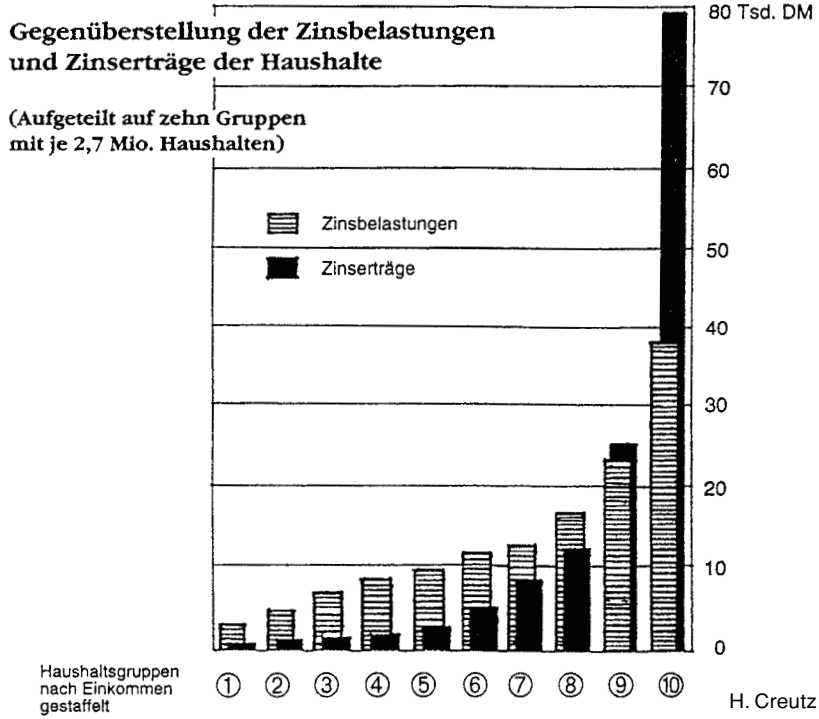
In welchem Umfang es mit sinkenden Zinsen zu einer Umschichtung zu Gunsten der Arbeitleistenden in der Wirtschaft kommt, wird nachvollziehbar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß heute in jeder ausgegebenen D-Mark oder jedem Euro im Durchschnitt Zinsen von etwa 40 Pfennig bzw. Cent für die Bedienung von Fremd- und Eigenkapital stecken. Bei den Preisen besonders kapitalintensiver Produkte oder in den Wohnungsmieten liegen die Zinsanteile sogar bei 60 bis 80 Prozent. Allein die Halbierung der mietbezogenen Zinsen würde es einem Normalverdiener bereits erlauben, seine wöchentliche Arbeitszeit um zwei bis drei Stunden zu senken.

Natürlich hängen die Vor- und Nachteile sinkender Zinsen bei jedem Haushalt von den Relationen zwischen Arbeits- und Kapitaleinkommen ab. Nach überschlägigen Berechnungen bezogen auf das Jahr 1990 ergaben

sich die in der Darstellung 10 enthaltenen Zinslasten und Zinserträge, verteilt auf zehn gleich große Haushaltsgruppen.

Wie aus der Darstellung hervor geht, liegen heute bei acht von zehn Haushalten die Zinserträge unter den Zinslasten. Bei der neunten Gruppe übersteigen die Zinserträge die Belastungen leicht, bei der zehnten Gruppe deutlich.

Ausgehend von dem genannten 40prozentigen Zinsanteil im Durchschnitt aller Preise, kann auch jeder einzelne Haushalt leicht überprüfen, ob er zu den Gewinnern oder Verlierern des Zins-Monopoly-Spiels gehört: Er braucht nur 40 Prozent seiner gesamten Jahresausgaben mit seinen gesamten jährlichen Zinseinnahmen zu vergleichen. Oder, nach einer ebenfalls auf diese Weise zu errechnenden Faustregel, benötigt man zum Ausgleich der gezahlten Zinsen ein zinsbringendes Vermögen, das – bei einer Verzinsung von rund 5 Prozent – etwa acht Mal so groß sein muß wie die jährlichen Ausgaben.



Darstellung 10: Gegenüberstellung der Zinslasten und Zinserträge der Haushalte, Westdeutschland 1990

Wie die Darstellung erkennen läßt, schlagen heute die Verluste der acht ersten Gruppen weitgehend als Gewinn bei der zehnten Gruppe zu Buche. Da diese Gruppe diese Zinsüberschüsse kaum in voller Höhe ausgibt bzw. ausgeben kann, ergibt sich bei dieser Minderheit eine zunehmende Reichtumsakkumulation und -konzentration.

Um diese sich sammelnden Einkommensüberschüsse erneut anlegen zu können, besteht bei den Besitzern entsprechendes Interesse an ständig zunehmenden Investitionen und damit an einem Wachstum der Wirtschaft, gleichgültig wofür auch immer. Umgekehrt ist das Gros der Haushalte aufgrund ihrer Minussalden zu einer erhöhten Arbeitsleistung gezwungen, da sie nur damit ihren Lebensstandard weiter halten können. So lange dabei das Wachstum der Wirtschaft noch über dem der Geldvermögen lag, hatten auch die Arbeitleistenden davon einen Vorteil. Durch die Umkehrung der Wachstumsraten zwischen Sozialprodukt und Geldvermögen wird dieser Vorteil aber immer geringer bzw. kehrt sich sogar ins Gegenteil um. – All diese Negativentwicklungen würden sich reduzieren und schließlich abbauen, wenn man die Zinsen zum Absinken bringen könnte.

Fazit:

Die Einkommens- und Vermögensverteilung in einer kapitalistischen Wirtschaft führt zwar heute zu einem beschleunigten Wirtschaftswachstum. Dieses Wirtschaftswachstum wird jedoch durch ein Überwachstum der Geldvermögen und Schulden zunehmend überwuchert.

Ein Abbremsen dieser gefährlichen Entwicklungen ist nur möglich, wenn man – wie bei allen Heilungsprozessen – ihre Ursachen erkennt und bei ihnen ansetzt. Wie hier aufgezeigt, lassen sich diese Ursachen letztlich an den Fehlstrukturen unseres heutigen Geldsystems und den daraus resultierenden Diskrepanzentwicklungen festmachen. Welche wesentlichen Veränderungen sich durch eine Korrektur dieser monetären Fehlstrukturen ergeben könnten, ist in dem separaten Kasten einmal in Stichworten angedeutet. In ihm sind den Gegebenheiten unseres heutigen kapitalistischen Wirtschaftssystems einmal die einer nachkapitalistischen Wirtschaft gegenüber gestellt.

Zeifellos werden sich mit einer Korrektur der monetären Fehlstrukturen alleine noch nicht alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme lösen lassen. Ohne solche Korrekturmaßnahmen, zu denen auch jene im Bereich des Bodens gehören, müssen diese Probleme jedoch zwangsfläufig weiter zunehmen und schließlich, aus einfachen mathematischen Gründen, entweder zum ökonomisch-sozialen oder ökologischen Zusammenbruch führen.

Marktwirtschaft mit und ohne Kapitalismus

Real existierende kapitalistische Marktwirtschaft	**Modell einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus**
konjunkturelle und strukturelle Gleichgewichtsstörungen und Krisen	krisenfreies Gleichgewicht von Güter-, Arbeits- und Kapitalmärkten
Instabilitäten durch Inflation und Deflation	Kaufkraftstabilität durch Verstetigung des Geldkreislaufs
unfreiwillige konjunkturelle Arbeitslosigkeit	Vollbeschäftigung bei flexiblen Arbeitszeiten
Ausbeutungsgesellschaft mit leistungswidriger Verteilung durch Bodenrente und Zins	gerechtes leistungsorientiertes Wirtschaften durch eine verteilungsneutrale Geld- und Bodenordnung
Konzentration von Geld- und Produktivvermögen, wachsende Arm-Reich-Spannungen	Dezentralisierung der Geld- und Produktivvermögen, Abbau der sozialen Gegensätze
marktbeherrschende Monopole und Oligopole bei immer härterer Konkurrenz	monopol- und oligopolfreies Marktgeschehen unter fairen Wettbewerbsbedingungen
hierarchische Betriebsstrukturen/Direktionsrecht der Kapitaleigner – gemildert durch gewerkschaftliche Mitbestimmung/Abhängigkeit der Lohn- und Gehaltsbezieher	innerbetriebliche Mitbestimmungsformen/freie Wahl zwischen Mitbeteiligung an Gewinn und Risiko oder Trennung von selbständiger und unselbständiger Arbeit
Zinsmaximierung als treibende Kraft des Wirtschaftens unter dem Rentabilitätsprinzip	Bedarfsdeckung durch Gewinn- und Verlustsignale unter dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit
›harte‹ Großtechnik unter zunehmendem Ausschluß des Menschen	›sanfte‹ den Menschen einbeziehende Technik
Wachstumsdruck durch übermäßige Vermehrung der Geldvermögen	umweltorientierte Wirtschaftsentwicklung ohne Wachstumszwang

W. Onken/H. Creutz

Anregungen für eine gerechte Wirtschaftsordnung im 21. Jahrhundert

*Roland Geitmann**

I. Grundhaltung: Raum und Zeit als Geschenke Gottes an die Menschheit

1. Raum

Vielen Stellen der Bibel entnehmen wir die Ermahnung und Ermutigung zum Urvertrauen: Erde und Kosmos sind die *Fülle* und bieten genug für alle. Am deutlichsten wird dies in der Bergpredigt: *»Sorget euch nicht um den morgigen Tag« (Matth. 6, 34)*. Das heißt: Nutzt diese Erde behutsam und gebt sie weiter an Nachfolgende, statt aus Angst und Sicherheitsstreben Reichtümer anzuhäufen. Eure materiellen Bedürfnisse sind glücklicherweise begrenzt. Laßt es genug sein; dann reicht es auch für alle künftigen Generationen.

Das erforderliche Urvertrauen in die Fülle der uns von Gott geschenkten und sonnenbeschienenen Erde kann man beim Schwimmen im Wasser lernen: Solange wir ängstlich meinen, mit dem Kopf weit aus dem Wasser ragen zu müssen, fürchten wir unterzugehen, strampeln oder greifen zu Schwimmwesten. Erst wenn wir erfahren, daß es ausreicht, gerade mit der Nase über Wasser zu bleiben, merken wir, daß wir ohne unser Zutun getragen werden.

2. Zeit

»Alles hat seine Zeit« (Pred. 3), Saat und Ernte, aber auch Sabbat und Brache. Unser Leben braucht Rhythmen zwischen Arbeit und Ruhepausen.

Auch Schulden und Abhängigkeiten dürfen nicht ewig dauern. Werden und Wachstum haben ihre Zeit wie auch Vergehen und Tod. Exponentielles Wachstum leugnet Letzteres und ist um so zerstörerischer. Die mathematische Formel einer exponentiellen Wachstumskurve würde zeigen, daß hier

* Vortrag, gehalten auf der Tagung der Christen für gerechte Wirtschaftsordnung (CGW) und der Katholischen Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart zum Thema »Jubeljahr 2000 – ein Aufruf zu sozialer Gerechtigkeit« vom 16.–18. April 1999 in Stuttgart-Hohenheim.

ein einzelner Faktor verabsolutiert wird. Bei natürlichem Wachstum hingegen kommen zwei das Leben kennzeichnende Faktoren allmählich zu einem Ausgleich, die Kräfte des Wachsens und die des Vergehens, bis letztere siegen und einer neuen Generation Platz machen. Unser auf exponentielles Wachstum angewiesenes Wirtschaftssystem ist das Spiegelbild unserer Verdrängung des Todes und deswegen um so tödlicher.

Kern des biblischen Zinsverbots ist die Mahnung, von Gott geschenkte Zeit nicht zu Geld zu machen. Wenn wir fortfahren, unseren Zeitvorsprung gegenüber der nächstfolgenden Generation mittels Zinsen (z. B. auch in der Rentenformel) in Geldforderungen umzurechnen, steigern sich die Ansprüche, die die nächste Generation erfüllen muß, mit Schneeschiebereffekt, bis die Jungen sich verweigern oder die Erde vollends zugrunderichten.

3. Menschheit

Während im Alten Testament das Volk Israel im Mittelpunkt steht, hat sich unser Blickwinkel inzwischen in zwei Richtungen erweitert: Zum einen zum *Individuum* hin und seinen Menschenrechten, zum anderen die *Menschheit* insgesamt umfassend. Sowohl der weltweite Handel als auch die grenzüberschreitende ökologische Gefährdung nötigt uns zu menschheitlichem Denken. Die Vielfalt und Verschiedenheit der Kulturen und Ethnien erfahren wir hoffentlich – trotz schrecklicher Rückschläge – immer stärker als fruchtbare Spannung, Quelle der Innovation, Arbeitsteilung und hilfreiche Ergänzung. An jedem Gebrauchsgegenstand, den wir benutzen, können wir uns klarmachen, daß Wirtschaft ein weltweites Für- und Miteinander ist.

II. Folgerungen für eine zukunftsgerechte Wirtschaftsordnung

1. Umgang mit der Erde.

a) Boden

Das Land alle 49 Jahre an die ursprünglichen Besitzer zurückfallen zu lassen, wäre heute nicht mehr sinnvoll. Doch diese Jubeljahrregel enthält einen zukunftsweisenden Kern, der deutlich wird in dem Satz:

»Grund und Boden darf nicht für immer verkauft werden, denn das Land ist mein, und ihr seid Fremdlinge und Beisassen bei mir« (3. Mose 25, 23).

Was wir Menschen nicht produziert haben und nicht verbrauchen können, sondern vorfinden, nutzen können und unverletzt weitergeben sollten, kann

sinnvollerweise nicht Gegenstand verkäuflichen Eigentums sein. Auffällig ist denn auch der formale Aufwand, den Notare und Grundbuchämter machen müssen, um diese Tatsache zu überspielen. Die Folgen sind fatal: Der Boden, der allen Menschen in gleicher Weise dienen sollte, wird zur Kapitalanlage, aus der eine Minderheit nicht nur über Mieten, sondern über alle Güter- und Dienstleistungspreise, in denen die Verzinsung des Bodenwertes als Kostenfaktor steckt, leistungslose Einkünfte bezieht.

Wenn die Erde uns allen gemeinsam gehört, sollte der Vermögensertrag (Bodenrente) allen Menschen in gleichem Maße zufließen. Davon zu unterscheiden wäre das individuelle Nutzungsrecht, für das ein laufendes Entgelt zugunsten der Allgemeinheit erhoben wird. Denselben Effekt würde eine Grundsteuer erzielen, welche die Bodenrente voll abschöpft.

Die Unverkäuflichkeit des Bodens als Kernidee des Jubeljahrs und die entsprechenden Erkenntnisse der Bodenreformer um die letzte Jahrhundertwende (Michael Flürscheim, Henry George, Theodor Hertzka) fanden segensreiche Anwendung bei der Vorbereitung und Gründung des Staates Israel. Schon im Jahre 1901 beschloß der 5. Zionistenkongreß die Bildung eines jüdischen Nationalfonds, der in Palästina Boden erwerben, aber nur Nutzungsrechte vergeben sollte. Dies wurde in die Tat umgesetzt durch mühsamen Einzelerwerb, Übernahme des britischen Mandatslandes und freilich auch durch die Grundstücke der 1948 geflohenen oder vertriebenen Palästinenser. Ein erheblicher Teil des Bodens gehört heute dem Nationalfonds und wird in Erbpacht oder Erbbaurecht vergeben. Für den Aufbau des israelischen Staates und der Demokratie war dies eine wesentliche Grundlage. Die großen Einwanderungswellen wären andernfalls nicht zu bewältigen gewesen.

Ob die individuelle Zuweisung des Bodennutzungsrechts nach dem Meistgebotsprinzip erfolgen sollte, wie es die Freiwirtschaftsbewegung vorschlägt, oder welche bestandsschützenden Korrekturen notwendig sind, wird näher zu untersuchen sein; auch die Fragen, wie die Bodennutzungsentgelte richtigerweise zu verwenden wären und in welcher Ausgestaltung ein erdumspannender Ausgleich der Bodennutzungsentgelte Grundlage einer Weltfriedensordnung werden könnte.

b) Ökologisches Steuersystem

Was sich für eine landwirtschaftlich geprägte Gesellschaft zunächst nur für den Boden aufdrängt, legt sich heute nahe für alle Arten der Nutzung natürlicher Ressourcen, nämlich die Inanspruchnahme dessen, was allen gemeinsam gehört, zur Bemessungsgrundlage des Steuersystems zu machen, statt das Füreinanderarbeiten mit Steuern zu belasten und zu verteuern. Dieser einleuchtende Kerngedanke eines ökologischen Steuersystems hätte also die Bodennutzung miteinzubeziehen. Flächeninanspruchnahme sowie En-

ergie- und Rohstoffverbrauch und Belastung der Umwelt durch Abfall und andere Emissionen sollten sich in den Güter- und Dienstleistungspreisen niederschlagen, während die Arbeit von arbeitsplatzvernichtenden Lohnnebenkosten entlastet werden sollte. Die Verlagerung der Steuerlast weg von der Arbeit hin auf die Inanspruchnahme der natürlichen Umwelt findet als Richtungsanzeige inzwischen breite Zustimmung. Strittig sind allerdings die nähere Ausgestaltung, die zeitlichen Schritte und die Notwendigkeit europäischer oder noch darüber hinausgehender Harmonisierung.

2. Umgang mit Geld

Weder Zinsverbot noch regelmäßiger Schuldenerlaß wären heute sachgerechte Instrumente; sie wären sogar schädlich, weil sie leihweise Weitergabe unterbänden, das Verschatzen förderten und die Wirtschaft zum Erliegen brächten. Aber auch diese alttestamentlichen Regeln haben einen zukunftsweisenden Kern, der sich dann erschließt, wenn man auch Geld als Gemeinschaftsgut erkennt, nämlich als öffentliches Transportmittel, das man wie eine Straßenbahn zwar nutzen, aber nicht zu Eigentum haben kann. Deswegen bietet sich auch hier ein Nutzungsentgelt (präziser: ein Nichtnutzungsentgelt) an, um die Weitergabe zu fördern. Denn Geld sollte immer dort sein, wo auch Bedarf ist. Wenn Geld und Bedarf auseinander driften, errichtet Geld Mauern zwischen den Menschen, statt sie zu verbinden.

Das Ringen um Schulden und Zinsverbot durchzieht die Jahrtausende vom Alten Testament über die Kirchenväter und die Scholastik des Mittelalters bis zu den Neoscholastikern des 19. und 20. Jahrhunderts. Um so erstaunlicher ist es, wie konsequent das Zinsproblem in den päpstlichen Sozialenzykliken verschwiegen wird und – im Unterschied zum Schuldenerlaß – auch im Apostolischen Schreiben Tertio millennio adveniente keine Erwähnung findet.

a) Kaufen, Leihen und Schenken

Die Wirtschaft braucht alle drei Verwendungsarten des Geldes, das Kaufen, das Leihen (wozu auch das Sparen und Investieren gehört) und das Schenken. Menschen sind darauf angelegt, sich zu verschulden, weil sie unfertig geboren werden und auch im Alter nicht mehr leistungsfähig sind. Deswegen ist Leihe ein segensreiches Sichausgleichen in der Zeitdimension und löst auf beiden Seiten ein Problem, indem sie z. B. jungen Menschen eine Investition und Existenzgrundlage ermöglicht und den Älteren durch spätere Rückzahlung das Alter sichert. Nicht umsonst mahnt die Bibel wiederholt, bereitwillig zu borgen (5. Mose 15, 7 f., Lukas 6, 35). Nicht das Schuldenmachen als

solches ist das Problem, sondern vielleicht Ausmaß und Zweck und vor allem die Bedingungen. Wenn Eltern oder Gläubiger mehr zurückverlangen, als sie gegeben haben, werden Schulden zum Ausbeutungsinstrument.

Das Wirtschaftsleben braucht darüber hinaus auch das Schenken, weil nur so das in die Kaufsphäre zurückfließt, was besonders Leistungsfähige weder gegenwärtig noch künftig für sich selbst brauchen. Schenkgelder werden nicht nur für Bedürftige, die wenig oder gar nichts leisten können, gebraucht, sondern für alle kulturellen Leistungen und das gesamte Bildungswesen, die andernfalls über eine staatliche Zwangsschenkungsapparatur, nämlich das Steuerwesen, finanziert und entsprechend gegängelt werden. Auf diesem Umweg machen wir das, was im Leben das Schönste sein könnte, sich freiwillig und gelingend zu verschenken, zum Ärgerlichsten und beschäftigen ganze Berufszweige damit, dem zu entkommen.

b) Blockade durch Zins

Das freiwillige Schenken aus eigenem Überfluß legt sich ökonomisch nicht nahe, weil der Kreislauf »Kaufen – Leihen – Schenken« in der Leihsphäre aufgestaut wird; denn durch Zins und Zinseszins läßt sich Geld ohne eigene Leistung und über künftigen Bedarf hinaus vermehren. Wie eine Droge wird das Anhäufen von Geld zum Selbstzweck, indem es denen, die es benötigen, nur gegen Zinsen zur Verfügung gestellt wird.

Die Geldtheorie kann heute genauer angeben, wo im Zins das Problem steckt. Denn der Zins, den der Kreditnehmer an die Bank zahlt, hat mehrere berechtigte Bestandteile. Dazu gehört im Prinzip (wenn auch nicht unbedingt der Höhe nach) die Bankmarge, welche die Vermittlungskosten für Personal, Gebäude und Risiko abdeckt, aber auch der Inflationsaufschlag, der die Geldentwertung ausgleicht. Der reale Guthabenzins müsste in einer Marktwirtschaft je nach Angebot und Nachfrage um Null pendeln. Stattdessen hat er einen positiven Grundsockel, den Keynes zutreffend als Liquiditätsverzichtsprämie gedeutet hat. Der ausleihende und investierende Geldbesitzer läßt sich den »Joker-Vorteil« des Geldes (D. Suhr) bezahlen, den aber nicht er, sondern die Gemeinschaft durch Rechtsordnung und Vertrauen täglich neu schafft. Diese Privatisierung einer »Götzenglaubensfrucht« macht die Reichen immer reicher und die Armen ärmer, wenn die Wirtschaft nicht entsprechend wächst.

c) Lösung des Zinsproblems

Durch eine maßvolle Abgabe auf liquide Geldformen (Bargeld und/oder Giralgeld) könnte der Liquiditätsvorteil des Geldes zugunsten der Allgemeinheit abgeschöpft werden, so daß es sich kaufend, auch zinslos leihend und investierend sowie schenkend anbietet. Bedeutende Ökonomen dieses Jahr-

hunderts – J. M. Keynes und I. Fisher – haben diesen genialen Vorschlag des Sozialreformers Silvio Gesell aufgegriffen. Praktische Experimente (WÄRA 1929-31, Wörgl 1932/33) bestätigen die Annahme, daß Geld auf diese Weise ohne Zins und Inflation in stetigem Umlauf gehalten und die Währung stabilisiert werden kann.

Es ist tragisch, daß die Katholische Kirche, die länger als die Protestanten sich um die Zinsfrage bemühte, nicht erkannt hat, daß mit diesem Vorschlag zwar nicht der Zins als solcher verschwindet, wohl aber seine umverteilenden Wirkungen. Wenn das Zinsproblem nicht als ein strukturelles erfaßt und gelöst wird, kann es schon morgen wieder personalisiert werden und dazu dienen, Menschen gegeneinander zu hetzen, so wie die Nationalsozialisten die Forderung nach »Brechung der Zinsknechtschaft« als antisemitisches Instrument mißbrauchten. Wenn die Kirche die Fortsetzung einer solchen Leidensgeschichte verhindern will, muß sie sich ihrer Weisheitsschätze über Grundregeln des sozialen Zusammenlebens besinnen, sie aktualisieren und zu Gehör bringen.

d) Schuldenerlaß

Wie im persönlichen Bereich ist es auch im wirtschaftlichen notwendig, bei mangelnder Leistungsfähigkeit Schulden zu erlassen. In jedem Vaterunser versprechen wir, Schuld und Schulden zu vergeben. Allerdings ist es nicht sinnvoll, Schulden generell und in relativ kurzen Abständen zu erlassen, wie dies im 5. Buch Mose, Kap. 15 steht.

Die Forderungen der Kampagne »Erlaßjahr 2000«, armen Ländern die Schulden zu erlassen und ein internationales Insolvenzrecht zu schaffen, sind berechtigt, zumal ein erheblicher Teil der Schulden aus aufgelaufenen Zinslasten besteht. Hier müssen wir einen Schnitt machen, damit die verarmten Menschen im Süden und Osten eine Lebensperspektive erhalten und nicht ins Elend abrutschen, aus Angst fliehen oder sich gewaltsam auflehnen.

Irreführend ist allerdings, daß sich diese Kampagne auf die Jubeljahrregel im 3. Buch Mose, Kap. 25 bezieht, die nicht den Schuldenerlaß, sondern den Rückfall des Bodeneigentums und die Befreiung aus Tagelöhnerabhängigkeit vorsieht und das Zinsverbot bekräftigt. Die Probleme der Umverteilung von Arm zu Reich, sich ständig ausweitender Verschuldung und zerstörerischen Wachstumszwangs durch leistungslose Zinseinnahmen, die nach gewinnbringender Anlage suchen, werden durch Schuldenerlaß nur vorübergehend gelindert. Eine gründlichere Rezeption der Jubeljahrregel hätte zu weiter- und tieferreichenden Forderungen geführt, die auch die Zinsfrage, die Bodenordnung und die Verfügung über Produktionsmittel umfassen müssten.

3. Verfügung über Produktionsmittel

a) Unternehmensverfassung

Der letzte Abschnitt der Jubeljahrregelung betrifft die Befreiung der Israeliten aus Tagelöhnerabhängigkeit (3. Mose 25, 39-55). Wir bilden uns ein, den Sklavenhandel überwunden zu haben; doch in abgewandelter und eher noch schlimmerer Form ist er zurückgekehrt. Während früher die individuelle Arbeitskraft durchaus geschätzt wurde und persönliche Beziehungen entstehen konnten, ist heute der Handel mit Menschen anonym. Ganze Firmen werden von anderen aufgekauft, um sie auszuschlachten, stillzulegen und sich auf diese Weise lästige Konkurrenten vom Halse zu schaffen. Nach den in die Arbeitslosigkeit entlassenen Menschen wird dabei nicht gefragt.

Das Unmenschliche des Aktienrechts wird uns täglich vor Augen geführt, wenn die Kurse steigen, weil Firmen Arbeitskräfte wegrationalisieren. Steigende Kurse ziehen weiteres Spekulationskapital an, das entsprechend höhere Gewinne aus den Firmen herauspreßt. Weder die Konsumenten noch die am Produktionsprozeß beteiligten Menschen bestimmen das Geschehen, sondern allein der Shareholder-value, die rasche Geldvermehrung.

Auch in diesem Punkt unterläßt es der Papst in seinem Apostolischen Schreiben, die Jubeljahrregel für die Gegenwart und Zukunft fruchtbar zu machen und aus der Befreiung aus Knechtschaft praktische Schlußfolgerungen für eine moderne Unternehmensverfassung zu ziehen, wofür die Sozialenzyklika Laborem exercens (1981, Ziff. 14/5 ff.) bereits gute Ansätze enthielt.

Während der sozialistische Weg der Vergesellschaftung der Produktionsmittel Initiative und Verantwortung lähmte und die Wirtschaft sklerotisierte, leidet die kapitalistische Wirtschaft an Krebs, nämlich an funktionslosem, wild wucherndem Wachstum, weil sie nur unter Wachstumsbedingungen funktioniert. Ein ökologisches Steuersystem, das Liquiditätsabgaben und Bodennutzungsentgelte umfaßt, würde diese Krankheiten vermeiden helfen und eine ganz andere Wirtschaft ermöglichen. Denn wo ein Bedürfnis ist und Menschen Ideen haben, dieses Bedürfnis zu befriedigen, wird sich das notwendige Geld anbieten, da es durch eine Liquiditätsabgabe unter Angebotsdruck kommt. Gewinnerwartungen der Geldgeber schrumpfen dann auf Null, weil sie zufrieden sind, wenn sich ihr Kapital im Wert erhält und sie auf diese Weise der Liquiditätsabgabe entkommen. Ein junger Betrieb kann sich dann vollständig mit Fremdkapital finanzieren, das vorerst durch die erstellten Gebäude und Maschinen abgesichert wird. Wenn dieses Kapital im Laufe der Zeit erwirtschaftet und zurückgezahlt wird, ist dies der Erfolg aller im Betrieb Arbeitenden. Sie werden gemeinsam darüber entscheiden,

wie sie das Betriebsergebnis unter sich aufteilen, reinvestieren oder für kulturelle und soziale Zwecke spenden.

Eigentumstitel und Verfügungsrechte über den Betrieb haben dann weder Kapitalgeber noch Unternehmensleiter; sondern der Betrieb gehört quasi sich selbst und kein/e Mitarbeiter/in kann beim Ausscheiden etwas mitnehmen. Als Rechtsform kommen hierfür sowohl die Stiftung als auch der wirtschaftliche Verein in Frage. Solche Unternehmen sind dann unverkäuflich. Aus dem Lohnabhängigkeitsverhältnis ist dann ein Beteiligungsverhältnis geworden. Die in einem Betrieb arbeitenden Menschen werden dafür sorgen, daß sie fähige Nachfolger/innen finden.

b) Soziale Grundsicherung

Die Chancen der durch technische Entwicklung enorm gestiegenen Arbeitsproduktivität nehmen wir noch immer nicht wahr. Mit viel weniger Arbeit und auf weit höherem Niveau als zu Jesu Zeiten könnten wir die Versorgung aller Menschen auf dieser Erde sicherstellen, wenn wir die Systemfehler beseitigen würden, die Reich und Arm ständig weiter auseinanderdriften lassen. Die Wirtschaft ist produktiv genug, um eine staatlich garantierte soziale Grundsicherung für alle Menschen zu ermöglichen, so daß die Sorge für den morgigen Tag in der Tat entfallen könnte. Wenn wir uns auf das Notwendige beschränken, könnten wir frei darüber entscheiden, wieviel Zeit wir der Erwerbsarbeit, der Bürgerarbeit und der Eigenarbeit gönnen. Wenn nicht mehr die aus Angst gespeiste Sorge um ein möglichst hohes Einkommen Arbeitsantrieb ist, werden wir merken, daß in uns allen das Bedürfnis steckt, uns für andere nützlich zu machen. Die Trennung von Arbeit und Einkommen hätte befreiende Wirkung. Auch hierfür könnte das Jubeljahr 2000 Anstoß sein.

III. Umsetzung

Wenn sich Kirchen primär den Menschen zuwenden und davon absehen, für die gesellschaftliche Ordnung konkrete Vorschläge zu formulieren, können sie dafür nicht nur ihre seelsorgerische Hauptaufgabe als Grund nennen, sondern auch die Tatsache, daß die gesellschaftliche Ordnung letztlich Spiegelbild der geistig-seelischen Verfassung der Menschen ist. Auch können sie darauf hinweisen, daß wir nicht auf rechtlichen Zwang oder ökonomische Anreize warten müssen, um uns vernünftig zu verhalten; daß schon jetzt jede/r Geldrücklagen zinslos verleihen und sich bei der Fortbewegung so verhalten kann, als ob der Benzinpreis bereits 5,– DM betrüge. In der Tat gibt es vielerlei Initiativen, die in dieser Weise eine künftige Rechtsordnung vorwegnehmen und damit vorbereiten.

Andererseits wirken kapitalistische Wirtschaft und entsprechende Rechtsordnung auch auf die Menschen zurück, wecken ständig neue Bedürfnisse und Habgier und appellieren an Eigennutz und Geldvermehrungswünsche. Wenn wir die für unser Seelenheil und die Ökologie in gleicher Weise gebotene Askese üben würden, bräche unsere auf Wachstum angelegte Wirtschaft zusammen. Jeden neuen Jahrgang junger Menschen drängen wir in antisoziale Verhaltensweisen. Schon das 5,– DM-Sparbuch der Sparkassen für jedes Neugeborene ist eine Drogenimplantation mit dem Effekt, daß junge Menschen leistungslose Selbstvermehrung kleinen wie großen Reichtums von früh auf als selbstverständlich erleben.

Es ist deswegen unverzichtbar, daß sich die zahlreichen lokalen Initiativen eines neuen Umgangs miteinander, mit der Natur und mit Geld als Modelle einer künftigen Wirtschaftsordnung verstehen und sich intensiv darum bemühen, gesellschaftsverändernd zu wirken, statt sich selbstgenügsam abzukapseln. Hierzu bedarf es breiter Bildungsarbeit, für die Kirchen – ihrer Aufgabe gemäß – Grundorientierungen liefern sollten.

Die Christen für gerechte Wirtschaftsordnung (CGW) erinnern die Kirchen an ihre eigenen Erkenntnisquellen und helfen, diese für eine zukunftsgerechte Wirtschaftsordnung fruchtbar zu machen. Gleichzeitig wollen sie die Wissenschaft anregen, statt die kapitalistische Wirtschaft bloß zu erklären und zu rechtfertigen, diese grundlegend zu hinterfragen und etwas Zukunftsweisendes zu entwickeln. Es muß aber auch Verfahren geben, in denen sich neue Ideen in einem demokratischen Rechtsstaat von unten her durchsetzen lassen und verbindliche Rechtsform annehmen. Deswegen unterstützen Christen für gerechte Wirtschaftsordnung Initiativen zur Einführung oder Verbesserung direktdemokratischer Verfahrensregeln. Daß Geld- und Steuerwesen nur noch EU-weit grundlegend verändert werden können, wirkt sicher erschwerend, weshalb wir direktdemokratische Instrumente auf allen politischen Ebenen brauchen. Andererseits kann ermutigen, daß gerade die EU wiederum Modelle regionaler Zweitwährungen an vier Standorten (Schottland, West-Irland, Amsterdam und Madrid) fördert und damit dem Experimentierfeld der vielhundertfachen Tauschringe und lokalen Verrechnungssysteme zu Recht zukunftsweisende Bedeutung beimißt.

Literatur

BARTSCH, Günter: Die NWO-Bewegung Silvio Gesells. Geschichtlicher Grundriß 1891–1992/93. Gauke-Verlag, Lütjenburg 1994. 350 Seiten, DM 58,–.

BINSWANGER, Hans Chr.: Geld und Magie. Deutung und Kritik der modernen Wirtschaft anhand von Goethes Faust. Weitbrecht-Verlag 1985. 192 Seiten, DM 38,–.

BINSWANGER, Hans Chr.: Geld und Natur. Das wirtschaftliche Wachstum im Spannungsfeld zwischen Ökonomie und Ökologie. Weitbrecht-Verlag 1991. 240 Seiten, DM 46,–.

BINSWANGER, Hans Chr.: Geld und Wachstum. Weitbrecht-Verlag 1994. 256 Seiten, DM 46,–.

BORCHARDT, Wolfgang/WIRTZ, Joachim: Geldloser Ressourcentausch für Vereine, Betriebe und Projekte. Ein Instrument zur Förderung ökonomischer Selbsthilfe. Hrsg. von der Stiftung Mitarbeit (Bornheimer Str. 37, D-53111 Bonn) 1996.

CORNELIUS, Reiner: Es schien ein Wunder zu sein. Schauspiel in 5 Akten mit Vorspiel. Verlag Senta Cornelius Mainhardt 1996. 116 Seiten, DM 15,–.

CREUTZ, Helmut: Das Geld-Syndrom. Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft. Ullstein-Verlag, Berlin 1994. 464 Seiten, DM 24,90.

CREUTZ, Helmut: Wir brauchen ein anderes Steuersystem (1996), erhältlich bei H. Creutz, Monheimsallee 99, D-52062 Aachen.

DIETERICH, Beate und Hartmut: Boden – Wem nutzt er? Wen stützt er? Neue Perspektiven des Bodenrechts. Vieweg & Sohn Verlag, 1997, 290 Seiten, DM 39,80.

DUCHROW, Ulrich: Alternativen zur kapitalistischen Weltwirtschaft. Biblische Erinnerungen und politische Ansätze zur Überwindung einer lebensbedrohenden Ökonomie. Gütersloher Verlag, 1994. 316 Seiten, DM 29,80.

DUCHROW, Ulrich: Weltwirtschaft heute. Ein Feld für bekennende Kirche? Gütersloher Verlag, 2. Auflage 1987. 312 Seiten, DM 29,80.

ESTERMANN, Thomas/HÄMMERLI, Martina/JEHLE, Bruno: Alternative Geldmodelle. 2 Beiträge zur praktischen Umsetzung. Hrsg. von der INWO Schweiz (Postfach, CH-5001 Aarau) 1993.

ESTERMANN, Thomas: Schuldenfreies Tauschgeld Talent. Entwurf einer grundlegenden Geldreform. Hrsg. von der INWO Schweiz (Postfach, CH-5001 Aarau) 1994.

FISHER, Irving: Stamp Scrip. New York 1933.

FISHER, Irving: Constructive Income Taxation: A Proposal for Reform. New York 1942.

GEITMANN, Roland: Bibel, Kirchen und Zinswirtschaft. In: Zeitschrift für Sozialökonomie 80 (1989), S. 17–24. Sonderdruck erhältlich bei der CGW-Geschäftsstelle. Rudeloffweg 12, D-14195 Berlin.

GEITMANN, Roland: Natürliche Wirtschaftsordnung und Islam. In: Zeitschrift für Sozialökonomie 85 (Juni 1990), S. 7–12.

GEITMANN, Roland: Moraltheologische Orientierung zur Wirtschaftsordnung – Die drei Sozialenzykliken von Papst Johannes Paul II. In: Zeitschrift für Sozialökonomie 94 (September 1992), S. 17–28.

GEITMANN, Roland: Erbbaurecht in West und Ost. Bericht über ein Innovatives Projekt. Sonderdruck aus: Fragen der Freiheit, Hefte 220 und 224 (1993), erhältlich beim Seminar für freiheitliche Ordnung, Badstr. 35, D-73087 Bad Boll.

GEITMANN, Roland: Natürliche Wirtschaftsordnung und Judentum. In: Zeitschrift für Sozialökonomie 106 (1995), S. 33–40.

GEITMANN, Roland: Bibel, Kirchen und Bodeneigentum. In: Zeitschrift für Sozialökonomie 112 (März 1997), S. 11–21.

GESELL, Silvio: Gesammelte Werke-Band 11. Die Natürliche Wirtschaftsordnung. Studienausgabe. Gauke-Verlag, Lütjenburg 1995 (Nachdruck der 4. Auflage von 1920). 412 Seiten, DM 39,80. ISBN 3-87998-971-0.

GÖRRES, Anselm/EHRINGHAUS, Henner/VON WEIZSÄCKER, Ernst-Ulrich: Der Weg zur ökologischen Steuerreform. Weniger Umweltbelastung und mehr Beschäftigung. Das Memorandum des Fördervereins Ökologische Steuerreform. München 1994. 174 Seiten, DM 32,–.

GRIMMEL, Eckhard: Kreisläufe und Kreislaufstörungen der Erde. rororo science. DM 12,90.

HALLER, Wilhelm: Die heilsame Alternative. Jesuanische Ethik in Wirtschaft und Politik. Peter Hammer Verlag Wuppertal 1989. 195 Seiten, DM 18,80.

HERRMANNSTORFER, Udo: Schein-Marktwirtschaft. Die Unverkäuflichkeit von Arbeit, Boden und Kapital. Praxis Anthroposophie, Band 6. Verlag Freies Geistesleben, 2. Auflage 1992. 193 Seiten, DM 16,80.

IINTERNATIONALE VEREINIGUNG FÜR NATÜRLICHE WIRTSCHAFTSORDNUNG (Hrsg.): Gerechtes Geld – Gerechte Welt. Auswege aus Wachstumszwang und Schuldenkatastrophe. Gauke-Verlag, Lütjenburg 1992. 191 Seiten, DM 29,80.

KAFKA, Peter: Gegen den Untergang. Schöpfungsprinzipien und globale Beschleunigungskrise. Hansa 1994. 128 Seiten, DM 28,–.

KENNEDY, Margrit: Geld ohne Zinsen und Inflation. Ein Tauschmittel, das jedem dient. Goldmann-Verlag, München 1991 (4. Aufl. 1994). 254 Seiten, DM 14,90.

KEYNES, John Maynard: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Berlin 1936.

KLEINHAPPL, Johannes: Christentum und Kapitalismus. Analysen, Essays und Fragmente aus dem Nachlaß. Hrsg. und eingeleitet von Ernst van Loen. Tyrolia-Verlag 1992. 384 Seiten, DM 70,–.

KLEINHAPPL, Johannes: Christliche Wirtschaftsethik. Analysen, Essays und Fragmente aus dem Nachlaß. Hrsg. und eingeleitet von Ernst van Loen. Herder-Verlag Freiburg 1991. 413 Seiten, DM 65,–.

KNAUER SJ, Peter: Arbeitslosigkeit durch einen Systemfehler unseres Geldes? In: Irrationale Technikadaptation als Herausforderung an Ethik, Recht und Kultur. Hrsg. von J. Hoffmann. IKO-Verlag 1997. S. 244–264.

KLEINHAPPEL, Johannes: Kirchliche Kapitalismuskritik. Analysen, Essays und Fragmente aus dem Nachlaß. Hrsg. und eingeleitet von Ernst van Loen. Tyrolia-Verlag 1993. 374 Seiten, DM 72,-.

KLEINHAPPEL, Johannes: Soziales Christentum. Hrsg. v. Ernst van Loen. Tyrolia-Verlag 1994. 376 Seiten, DM 70,–.

KÖRNER, Christoph: Die Frage des Geldes als Schlüsselproblem der Wirtschaftsethik für die Theologie, Sonderdruck aus: Evangelische Zeitschrift für Mitarbeiter der Kirche (Heft 4/1991), erhältlich bei: CGW-Geschäftsstelle, Rudeloffweg 12, D-14195 Berlin.

LÖHR, Dirk/JENETZKY, Johannes: Neutrale Liquidität. Zur Theorie und praktischen Umsetzung. Peter Lang Europäischer Verlag, Frankfurt 1996. 204 Seiten, DM 65,–

MAYER, Lothar: Ein System siegt sich zu Tode. Der Kapitalismus frißt seine Kinder. 1992, DM 25,–.

ONKEN, Werner: Marktwirtschaft ohne Kapitalismus. Eine Übersicht über die Grundgedanken, die ideengeschichtliche Herkunft, den derzeitigen Entwicklungsstand, über weiterführende Literatur und Organisationen (1996, erhältlich bei W. Onken, Steenkamp 7, D-26316 Varel).

ONKEN, Werner: Modellversuche mit sozialpflichtigem Boden und Geld. Gauke-Verlag, Lütjenburg 1997. 67 Seiten, DM 12,80.

ONKEN, Werner: Natürliche Wirtschaftsordnung unter dem Hakenkreuz. Anpassung und Widerstand. Gauke-Verlag, Lütjenburg 1997. 76 Seiten, DM 14,80.

ONKEN, Werner: Natürliche Wirtschaftsordnung unter kommunistischer Herrschaft und nach der Wende vom Herbst 1989. Gauke-Verlag, Lütjenburg 1998. 50 Seiten, DM 11,80.

PAYSYS, (GmbH) (Hrsg.): LETSysteme und Tauschringe. Ein Handbuch über Formen und Ausgestaltungsmöglichkeiten lokaler Verrechnungssysteme (Mitautor ist CGW-Mitglied Dr. Hugo Godschalk). 4. Auflage (1997); gegen Vorauskasse von DM 37,– zu beziehen bei Paysys GmbH, Im Uhrig 7, D-60433 Frankfurt.

RAMS, Andreas/EHRENTREICH, Norman: Arbeitslosigkeit – wie kann sie überwunden werden? Gauke-Verlag, Lütjenburg 1996. 117 Seiten, DM 16,–.

ROSENBERGER, Werner: Die Welt im Umbruch. Entwurf einer nachkapitalistischen Wirtschaftsordnung. Hrsg. von der INWO Schweiz (Postfach, CH-5001 Aarau), 2. Auflage 1994. 46 Seiten, 8,– DM.

ROSENBERGER, Werner: Boden nutzen statt besitzen. Plädoyer für ein nachkapitalistisches Bodenrecht. Hrsg. von der INWO Schweiz (Postfach, CH-5001 Aarau). 51 Seiten, 8,– sFr.

SCHILY, Otto: Flora, Fauna und Finanzen. Über die Wechselbeziehung von Natur und Geld. Hoffmann und C. 1990. 304 Seiten, DM 38,–.

SCHMITT, Klaus (Hg.): Silvio Gesell – »Marx« der Anarchisten? Texte zur Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus und der Kinder und Mütter vom patriarchalischen Bodenunrecht. Karin Kramer Verlag, Berlin 1989. 303 Seiten, DM 36,–.

SCHWARZ, Fritz: Das Experiment von Wörgl. Hrsg. von der INWO Schweiz (Postfach, CH-5001 Aarau) 1990, erhältlich auch beim Seminar für freiheitliche Ordnung, Badstr. 35, D-73087 Bad Boll.

SENF, Bernd: Der Nebel um das Geld. Gauke-Verlag, Lütjenburg 1996. 254 Seiten, DM 29,80.

SENFT, Gerhard: Weder Kapitalismus noch Kommunismus. Silvio Gesell und das libertäre Modell der Freiwirtschaft. Libertad-Verlag, Berlin 1990. 268 Seiten, DM 38,–.

STEINER, Rudolf: Die Kernpunkte der sozialen Fragen in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft. Dornach 1919/1976 (GA Nr. 23).

STEINER, Rudolf: Nationalökonomischer Kurs. Dornach 1922/1979 (GA Nr. 340).

SUHR, Dieter: Geld ohne Mehrwert. Entlastung der Marktwirtschaft von monetären Transaktionskosten. Knapp-Verlag, Frankfurt a.M. 1983.

SUHR, Dieter/GODSCHALK, Hugo: Optimale Liquidität. Eine liquiditätstheoretische Analyse und ein kreditwirtschaftliches Wettbewerbskonzept. Knapp-Verlag, Frankfurt a.M. 1986. 155 Seiten, DM 17,50.

SUHR, Dieter: Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus. Monetäre Studien zur sozialen, ökonomischen und ökologischen Vernunft. Basis-Verlag 1986.

SUHR, Dieter: Alterndes Geld. Das Konzept Rudolf Steiners aus geldtheoretischer Sicht. Novalis-Verlag, Schaffhausen 1988. 98 Seiten, DM 22,-.

SUHR, Dieter: Gleiche Freiheit. Allgemeine Grundlagen und Reziprozitätsdefizite in der Geldwirtschaft. Lothar Mette Verlag 1988.

SUHR, Dieter: Der Kapitalismus als monetäres Sydrom. Aufklärung eines Widerspruches in der marxschen politischen Ökonomie. Campus Verlag 1988.

SUHR, Dieter: The Capitalistic Cost-Benefit-Structure of Money. An Analysis of Money's Structural Nonneutrality and ist Effects on the Economy. Springer 1989.

THEVISSEN, Susanne: Christliche Ansätze Alternativer Ökonomie. Eine Untersuchung mit dem Schwerpunkt »Wirtschaft der Gemeinschaft«. Wissenschaftlicher Verlag Trier 1994.

VOGEL, Diether: Selbstbestimmung und soziale Gerechtigkeit. Die freiheitliche Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft. Novalis-Verlag Schaffhausen 1990. 551 Seiten, DM 45,–.

WALKER, Karl: Das Geld in der Geschichte. Lauf 1959.

WALKER, Karl: Ausgewählte Werke. Lütjenburg 1995.

WEITKAMP, Hans: Das Hochmittelalter – ein Geschenk des Geldwesens. Hilterfingen 1983.

WENDNAGEL, Wera: Mama Moneta oder die Frauenfolge. Ulrike Helmer Verlag, Frankfurt 1990. 202 Seiten, DM 28,–.

WENDNAGEL, Wera (Hg): Frauen leisten die wichtigste Arbeit. Vier Aufsätze über die Situation der Frauen in der Wirtschaft. Gauke-Verlag, Lütjenburg 1996.

WERNER, Hans-Joachim: Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung. 100 Jahre Kampf für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus. Waxmann, Münster/ New York 1990. 150 Seiten, DM 19,80.

Wesen und Funktion des Geldes: Zahlen, Leihen und Schenken im volkswirtschaftlichen Prozeß. Verlag Freies Geistesleben 1989, DM 59,–.

WINKLER, Ernst: Theorie der natürlichen Wirtschaftsordnung. Heidelberg 1952.

WOLF, Siegbert: Silvio Gesell. Eine Einführung in Leben und Werk eines bedeutenden Sozialreformers. Gauke-Verlag, Lütjenburg, 2. Auflage 1992. 48 Seiten, DM 9,80.

Bodenverteilung und Frieden, Stadtentwicklung und Ökologie

Zur Aktualität der Bodenreform

Fritz Andres

I. Einleitung

1. Vorbemerkung

In der Volkswirtschaftslehre findet – zumindest im deutschsprachigen Raum – ein Nachdenken über die Probleme der Bodenordnung seit über einem halben Jahrhundert so gut wie nicht mehr statt. Seit man zu der – irrigen – Auffassung gelangt ist, daß der Boden ein Kapitalgut ist, sieht man offenbar keinen Anlaß mehr, sich mit ihm noch besonders zu befassen, nachdem man sich über das Kapital im allgemeinen doch genug Gedanken macht. Da der Boden aber nun einmal die Grundlage allen Lebens ist, fehlt damit für eine Vielzahl von Problemen das wissenschaftliche Fundament. Ein riesiges Defizit an gedanklicher Durchdringung unserer gesellschaftlichen Verhältnisse ist damit entstanden.

Leider wird diese Lücke auch von denen nicht geschlossen, denen – wie den Vertretern der Freiwirtschaftslehre Silvio Gesells und anderen Gruppierungen – die Bedeutung der Bodenfrage durchaus bewußt ist. So muß wohl zuletzt auch der Versuch der INWO[1]) Schweiz, mit anderen Organisationen, deren Arbeit die Bodenfrage berührt, ein »Bündnis für den Boden« zu schmieden, aus Mangel an Interesse in den eigenen Reihen vorerst als gescheitert angesehen werden.

Der folgende Beitrag ist aus der Mitarbeit des Autors in der AG Boden der INWO Schweiz entstanden. Indem er auf die Aktualität der Bodenfrage auf den verschiedensten gesellschaftlichen Problemfeldern hinweist, soll er einerseits die praktischen Auswirkungen des oben erwähnten wissenschaftlichen Defizits verdeutlichen, zugleich aber auch die vielfältigen Anknüpfungspunkte für bodenreformerische Aktivitäten und für die Suche nach Bündnispartnern aufzeigen. Wer darin eine Aufforderung sieht, sich an der Erarbeitung und Verbreitung bodenreformerischer Einsichten zu beteiligen, wird gebeten, sich bei der Redaktion (Adresse siehe hinterer Umschlagdeckel) zu melden.

---

[1]) Internationale Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung, setzt sich für die Verwirklichung einer Reform der Geld- und der Bodenordnung nach den Ideen Silvio Gesells ein.

Grundlage der folgenden Ausführungen ist die Idee einer Reform der Bodenordnung, deren Darstellung in 3 Ebenen sich als zweckmäßig erwiesen hat. Sie sieht vor,

– daß der Boden als Erbteil der ganzen Menschheit anzusehen ist, so daß diese auch autorisiert ist, Art und Umfang der zulässigen Nutzung des Bodens und damit die Gestalt der Erdoberfläche durch Stadtplanung, Naturschutz und dergleichen festzulegen,

– daß es im Interesse der Freiheit individuelle Nutzungsrechte geben muß, die dem Einzelnen als Lebensgrundlage und auch als sichere Basis für Investitionen dienen, allerdings nur gegen laufendes Entgelt, durch das der Knappheitswert der Nutzungsrechte, die Bodenrente, abgeschöpft wird

und

– daß der Gegenwert der Nutzungsrechte, eben die Bodenrente, an die Gemeinschaft fließt, und von dieser, wie wir hier unterstellen wollen, ohne es im einzelnen noch einmal begründen zu können[2]), gleichmäßig auf alle Menschen zurückverteilt wird.

Dabei soll es hier nicht noch einmal darum gehen, die Argumente für eine solche Bodenreform im einzelnen aufzuführen – dies ist unter anderem in Kurzform in meinem Beitrag in »Fragen der Freiheit« Heft 245, S. 39–51 geschehen. Es kommt hier auch nicht darauf an, ob man die Durchführung der Bodenreform nur mit dem Erbbaurecht oder auch mit einem abgabenbelasteten Eigentum für möglich hält[3]). Sinn der folgenden Darstellung ist es vielmehr, die Vielfalt der Aspekte der Bodenreform und ihre Aktualität aufzuzeigen, um sichtbar zu machen, welche in der Gesellschaft vorhandenen Bestrebungen von der Bodenreform sachlich berührt werden und daher eigentlich an ihr interessiert und für eine wie auch immer geartete Kooperation aufgeschlossen sein müßten.

[2]) siehe dazu »Fragen der Freiheit« Heft 245 S. 47 f.
[3]) siehe dazu »Fragen der Freiheit« Heft 245 S. 51–54

2. Übersicht

Die nachfolgende Betrachtung soll zunächst unter II am Beispiel einer Stadt die heutigen Probleme der Begrenzung und der Verteilung der Bodennutzung und des Zusammenhangs beider Problemkreise aufzeigen. Als wesentliche, wenn auch nicht erschöpfende Aspekte der Bodenfrage werden dabei die Verteilung selbst (soziale Frage), das Problem eines friedlichen Zusammenlebens der Menschen (Friedensfrage) sowie die Begrenzungsfragen (Probleme der Stadtentwicklung und der Ökologie) herausgestellt. Sodann soll unter III gezeigt werden, wie die Bodenreform sich auf diese Problemkreise auswirkt. Unter IV wird der Beispielsfall einer Stadt und das Feld der Bodenordnung verlassen, um die Übertragbarkeit der dort gewonnenen Erkenntnisse auf andere Elemente bzw. Naturreiche und aktuelle Problemfelder, vor allem auf das Klimaproblem, zu prüfen. Durch die Vielfalt der Probleme, zu deren Lösung die Bodenreform – unmittelbar oder durch Übertragung ihrer Grundgedanken – beitragen kann, wird dann unter V wie von selbst deutlich, welche Aktualität die Idee besitzt und welchen bunten Strauß von Möglichkeiten der Verbreitung und der Kooperation mit anderen Initiativen sie eröffnet.

II. Begrenzung und Verteilung der Bodennutzung heute

Nehmen wir also eine Stadt an, deren Ausdehnung durch die Planung und die Ausweisung der Baugebiete feste Grenzen gesetzt sind. Der Boden ist – unserer heutigen Bodenordnung gemäß – durch ursprüngliche Besetzung, Erbgang oder käuflichen Erwerb verteilt. Diese Verteilung ist im Prinzip endgültig. Jedenfalls kennt unsere Bodenordnung keine institutionelle Vorsorge dafür, daß die Verteilung des Bodens dem wechselnden Bestand der Bewohner und ihren sich ändernden Fähigkeiten und Bedürfnissen immer wieder angeglichen wird.

Selbst wenn man unterstellen wollte, daß die erste Verteilung im Rahmen einer Versteigerung zustande kam, bei der der Boden demjenigen zugeschlagen wurde, der die höchste Kapitalsumme bot, kann man allenfalls für den Zeitpunkt der Versteigerung – und dies auch nur mit erheblichen Bedenken – davon ausgehen, daß die Verteilung im Hinblick auf die Fähigkeit zur Nutzung und den Bedarf der Ersteher als gerecht angesehen werden kann. Sicher ist aber auch in diesem Fall, daß die Verteilung allmählich in Widerspruch gerät mit den in der Gesellschaft sich fortwährend ändernden Bedürfnissen. Es sind insbesondere die aus der Gesellschaft selbst Hinzukommenden, nämlich die Kinder (sofern sie nicht erben), sowie die von außen

neu Hinzuziehenden, die Fremden, die keinen Platz in dieser Gesellschaft finden bzw. im Unterschied zu den Alteingesessenen und deren Erben erst einmal zahlen müssen, um überhaupt ein Existenzrecht zu haben und hier bleiben zu dürfen. Ähnliche Probleme haben diejenigen, die neue Ideen entwickeln, für deren Realisierung sie mehr Boden oder eine andere Lage benötigen als sie bisher haben. Es ist also nur eine Frage der Zeit, bis auch eine solche scheinbar gerechte Erstverteilung des Bodens wieder zu ganz ungerechten und den Fähigkeiten und Bedürfnissen der Bewohner widersprechenden Verhältnissen führt.

Längst vergangene, oft Jahrhunderte zurückliegende Vorgänge sind dann für die heutige Verteilung des Bodens maßgebend. Die Interessen und Bedürfnisse der heutigen Menschen haben bei dieser Verteilung gegenüber überkommenen Besitzständen keine faire Chance. In einer solchen Gesellschaft ist die Bodenverteilung immer nur Abklatsch und Verlängerung der Vergangenheit. Sie ist prinzipiell konservativ, fremden- und kinderfeindlich und blockt das Neue ab.

Aus dem ungelösten Verteilungsproblem ergeben sich ungleiche Lebenschancen, leistungslose Einkommen und Wettbewerbsverzerrungen. Bodeneigentümer zu sein ist in einer solchen Stadt ein Privileg, zumal wenn man nicht nur die Erweiterung der Stadtgrenzen, sondern auch die Auswanderung – die es ja beide auch auf der Erde als ganzer nicht gibt – als Ventile ausschließt. Neid und Zwietracht zwischen denen, die Boden haben, und denen, die nicht zu den Besitzenden zählen, aber Bedarf haben, sind vorprogrammiert.

Eine solche Gesellschaft entwickelt sich allmählich zu einem Pulverfaß, das zu explodieren droht, wenn seine Grenzen nicht rechtzeitig erweitert werden. Man braucht sich nur vorzustellen, wie es in den Städten und Gemeinden in kurzer Zeit und erst recht in einigen Jahrzehnten zuginge, wenn die heutigen Grenzen der Bebauung – in der Fläche und womöglich auch in der Höhe – festgeschrieben würden. Der innere Druck wäre nicht mehr auszuhalten und würde sich gewaltsam entladen. Die Begrenzungen wären politisch nicht aufrechtzuerhalten. In ihrer Erweiterung besteht denn auch traditionell die »Lösung« der innerstädtischen Verteilungskonflikte. Die Nutzungsinteressenten, die innerhalb der festgelegten Bebauungsgrenze kein Grundstück zum Leben, zum Arbeiten, zum Wohnen oder für ihre sonstige Entfaltung finden, üben – durch ihre bloße Existenz oder auch durch unmittelbaren Einfluß auf die maßgebenden Organe, insbesondere auf Stadtverwaltung und Parlament – Druck auf Erweiterung der Bebauungsgrenze aus, dem in der Regel auch nachgegeben wird.

Dabei soll nicht bestritten werden, daß auch in unserer heutigen Bodenordnung durch Verkauf, Vermietung usw. ein gewisser Ausgleich zwischen

Angebot und Nachfrage, d. h. zwischen Besitz und Nutzung stattfindet. Aber unsere Bodenordnung führt diesen Ausgleich nicht zuverlässig, umfassend und kontinuierlich herbei.[4]) So baut sich notwendigerweise ein Druck zur Erweiterung der Bebauungsgrenze auf.

Diesem Druck entspricht meist von der anderen Seite, von außen, ein Sog, nämlich das Interesse derjenigen, die jenseits der Bebauungsgrenze Grundstücke haben und sich von der Ausweitung der Bebauung Bodenwertgewinne versprechen. Da diese Gewinne, d. h. die durch die Planung hervorgerufenen Bodenrentensteigerungen, den Bodenbesitzern privat verbleiben, kommt die Stadtplanung auch von dieser Seite unter Beschuß.

Das Resultat ist das, was wir tagtäglich erleben, was Land auf, Land ab beklagt wird, wogegen aber niemand ein Mittel gewachsen sieht: die ständige Ausdehnung unserer Städte und Dörfer, die »Los-Angelesierung« unserer Siedlungsgebiete und der damit einhergehende Flächenverbrauch, der ein unabwendbares Schicksal zu sein scheint und es in dieser Bodenordnung auch ist.

Dabei hatte die Begrenzung des bebaubaren Areals wahrscheinlich ihren guten Sinn: die Stadtplaner werden auf die mit der ständigen Ausweisung neuer Baugebiete verbundene Verlängerung der Verkehrswege sowie den Rückgang der Erholungs- und Freiflächen, die Ökologen und Naturschützer auf die schwindenden Lebensräume für gewisse Pflanzen- und Tierarten usw. hingewiesen haben. Die Entlastung des Dampfkessels, dessen Druck infolge der ungerechten Verteilung immer mehr anstieg, wurde also mit Zugeständnissen bei der Stadtentwicklung und dem Umweltschutz erkauft. Denn eine konsequente Beachtung des Umweltschutzes und der Erfordernisse der Stadtentwicklung, die, wie wir einmal annehmen wollen, eine strikte Begrenzung der Siedlungsfläche erforderlich machen würde, hätte die inneren Verteilungskonflikte und die sich daraus ergebenden sozialen Spannungen unerträglich werden lassen und schließlich das friedliche Zusammenleben der Einwohner gefährdet.

Wir haben es also mit 4 Problemfeldern der Bodenordnung zu tun, deren Aufzählung sicher nicht erschöpfend ist, auf die sich die folgende Darstellung aber beschränkt:

[4]) Warum eine preisgesteuerte Bodenordnung Angebot und Nachfrage nach Bodennutzung nicht ausgleichen kann, habe ich in meinem Beitrag »Grundlagen und Auswirkungen einer Bodenwertsteuer« in »Fragen der Freiheit« Heft 242, S. 3–20, insbesondere S. 6–11 und 13–16 näher dargelegt. Die praktischen Auswirkungen für Investoren und Stadtplanung hat E. Behrens in »Das kommunale Erbbaurecht erleichtert die Stadtplanung« in »Fragen der Freiheit« Heft 220, S. 3ff gezeigt.

– das Verteilungsproblem, das elementar mit der Frage der Gerechtigkeit zu tun hat – die soziale Frage hat hier eine ihrer Hauptwurzeln,

– das Friedensproblem, das unmittelbar an die Verteilungfrage anschließt, vor allem auch deshalb, weil eine ungerechte Verteilung, zumal wenn sie zu sozialen Spannungen führt, den Nährboden für unfriedliche Auseinandersetzungen gibt,

– das Problemfeld der Stadtplanung und -entwicklung, die vor allem durch eine Verteilung, bei der wesentliche Interessen gegenüber anderen zu kurz kommen, unter Druck gerät, die Grenzen der Besiedlung (und die sonstigen Begrenzungen der zulässigen Nutzung des Bodens) über das städtebaulich wünschenswerte Maß hinaus zu erweitern,

– die Probleme der Ökologie, die im wesentlichen ebenfalls in der Begrenzung menschlicher Aktivitäten bestehen und deren Durchsetzung politisch nur gelingen wird, wenn hinsichtlich der zu begrenzenden Umweltgüter, hier des Bodens, die Verteilungsfrage offensichtlich gerecht gelöst wird.

Die bisherigen Betrachtungen haben damit auch gezeigt, daß zwischen den Verteilungs- und den Begrenzungsfragen eine wechselseitige Abhängigkeit besteht: Erst die – natürlicherweise vorhandenen oder durch die Gemeinschaft festgelegten – Begrenzungen machen den Boden und die anderen Umweltgüter knapp und rufen damit das Verteilungsproblem hervor. Erst die Lösung der Verteilungsprobleme aber macht auch die aus stadtplanerischen und ökologischen Gründen notwendigen Begrenzungen demokratisch durchsetzbar!

III. Begrenzung und Verteilung der Bodennutzung nach der Bodenreform

Es soll nun untersucht werden, wie die an der Modellstadt demonstrierten Probleme der Verteilungsgerechtigkeit, des friedlichen Miteinander, der Stadtentwicklung und der Ökologie sich nach einer Reform der Bodenordnung darstellen. Dabei ist es, wie bereits erwähnt, im Prinzip gleichgültig, ob man sich diese Reform über das Erbbaurecht oder über eine steuerliche Abschöpfung der Bodenrente vorstellt. Entscheidend ist, daß in beiden Fällen der Inhaber des Nutzungsrechts (Erbbaurecht oder Eigentum) mit einer ökonomischen Last (Erbbauzins oder Bodensteuer) belastet wird, die der er-

zielbaren Bodenrente entspricht, und daß die dadurch der Gemeinschaft zufließenden Einnahmen gleichmäßig pro Kopf der Bevölkerung zurückverteilt werden.

1. Das Verteilungsproblem

Wird der Boden – um beim Verfahren der Vergabe von Erbbaurechten zu bleiben – gegen Meistgebot einer laufenden Abgabe (Erbbauzins) vergeben, so hat dies für die Verteilungsfrage eine doppelte Bedeutung:

a) Zum einen geht es um die Verteilung der Nutzungsrechte. Sie wandern unter dem ökonomischen Druck des Erbbauzinses »zum besten Wirt«, d. h. die Erbbaurechte werden bei diesem Verfahren zu denjenigen gelenkt, die den Boden im Rahmen der städteplanerischen Vorgaben am besten nutzen. Die Grenzen der zulässigen Nutzung werden durch die Stadtplanung gezogen, aber es besteht auch ein öffentliches Interesse daran, daß sie voll ausgenutzt werden und der Boden nicht bei jemandem landet, der ihn dann überhaupt nicht oder – gemessen an den Vorstellungen der Stadtplanung – völlig unzureichend nutzt.

   Wo der Boden nicht als Produktionsfaktor, sondern konsumtiv, wie beim Wohnen, genutzt wird, ist es nicht der »beste Wirt«, zu dem das Grundstück wandern wird, sondern derjenige, dem das zur Wohnbebauung vorgesehene Grundstück wegen seiner Lage usw. am meisten wert ist. Die gleichmäßige Rückverteilung wird, wie wir sehen werden, verhindern, daß ein Teil der Bevölkerung aus Einkommensgründen bei diesem Verfahren nicht zum Zuge kommt. Innerhalb des durch die Rückverteilung gegebenen Auffangnetzes wird allerdings derjenige, der am meisten willens und in der Lage ist, für die Nutzung eines Grundstücks zu bezahlen, es auch erhalten.

   Damit finden die unterschiedlichen Fähigkeiten und Bedürfnisse, soweit sie sich in Nachfrage nach Boden artikulieren, auch bei knapper Fläche im Rahmen der Stadtplanung ihren Platz, und zwar jeweils in der Relation, mit der sie Nachfrage nach Boden halten. Akzeptiert man die Voraussetzung, daß Fähigkeiten und Bedürfnisse sich in Nachfrage nach Boden niederschlagen und diese in Geld, d. h. in der Bereitschaft, ein laufendes Nutzungsentgelt für den Boden zu bezahlen, ihren Ausdruck findet, so löst eine solche Bodenordnung das Allokationsproblem sowohl auf der Seite der Fähigkeiten als auch auf der Seite der Bedürfnisse optimal.

Das Resultat ist eine Bodenordnung, bei der der Besitz ganz im Dienste der Nutzung steht. Fremde haben gegenüber den Einheimischen, die junge Generation gegenüber den Alten und das Neue gegenüber dem Bestehenden eine gleiche Chance, an Besitz zu gelangen. Die Verteilung der Nutzungsrechte am Boden bleibt nicht ein Spiegelbild längst vergangener Zeiten, sondern ergibt sich aus dem Zusammenspiel lebendiger Kräfte der Gegenwart. Die Bodenverteilung ist ein Spiegel der Zeit!

b) Der andere Aspekt der Verteilungsfrage betrifft den ökonomischen Gegenwert der Nutzungsrechte, also den Erbbauzins. Er entspricht bei marktmäßiger Ermittlung und voller Erhebung der Bodenrente. An dieser Stelle ist es allerdings zweckmäßig, die Modellstadt vorübergehend zu verlassen und auf den Landes- oder besser noch Weltmaßstab überzugehen. Denn das Recht auf Zugang und gleiche Teilhabe an der Erde hat Menschenrechtsqualität. Es wird durch die gleichmäßige Rückverteilung der Bodenrente pro Kopf der Bevölkerung auf ökonomischem Wege gewährleistet. Jeder Mensch erhält damit die finanzielle Ausstattung, mit der er im Wettbewerb um die knappen Nutzungsrechte auf jeden Fall mithalten kann, so daß er nicht an den Rand gedrängt wird. Wer nicht mehr und nicht weniger Boden als der Durchschnitt seiner Zeitgenossen beansprucht, hat diese Nutzung im Ergebnis kostenlos, weil er für die Nutzung soviel zahlt, wie er durch die Rückverteilung wieder erhält. So hoch die Bodenrenten bzw. die Erbbauzinsen in der Gesellschaft auch steigen mögen: das zur Rückverteilung zur Verfügung stehende Volumen steigt mit und gewährleistet bei jeder Höhe dem Einzelnen eine kostenlose Durchschnittsnutzung. Die zunächst rein ökonomische Konsequenz gemäß a), bei der sich die Verteilung der Nutzungsrechte nur nach der finanziellen Leistungsfähigkeit und -bereitschaft richtet, wird durch die Rückverteilung zwar nicht außer Kraft gesetzt, aber in ihren Auswirkungen gemildert, indem sie jeden Menschen mit einem bodenbezogenen Grundeinkommen ausstattet.

Zu a) und b): Was am Boden zu verteilen ist, sind die Nutzungsrechte und deren ökonomischen Werte (Bodenrenten). Das Verteilungsverfahren, das die Bodenreform anbietet, verteilt die Nutzungsrechte nach den Fähigkeiten und Bedürfnissen, letztlich also nach dem Maßstab der Freiheitsentfaltung, und die ökonomischen Gegenwerte der Nutzungsrechte nach dem Maßstab der Gleichheit. Die Bodenreform löst das Verteilungsproblem also in einem Sinne, in dem die Mitglieder der Gesellschaft sowohl als Individuen mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten und Bedürfnissen als auch als Menschen mit gleichen Teilhaberechten

und Zugangsmöglichkeiten zum Zuge kommen. Die gleichermaßen berechtigten Ansprüche der Freiheit und der Gleichheit werden in harmonische Verbindung gebracht.

2. Das friedliche Zusammenleben

Die Frage von Krieg und Frieden wird durch die Bodenreform in mehrfacher Hinsicht berührt. Auch für diese Betrachtung ist es zweckmäßig, das Ausgangsbeispiel einer Modellstadt bei einigen Aspekten zu verlassen und einen weiteren Rahmen zu wählen.

a) Es liegt auf der Hand, daß eine ungerechte Verteilung mit den Folgen, wie sie für ein geschlossenes Stadtgebiet unter I. geschildert wurden, an sich schon äußert konfliktträchtig ist. Folgt die Besitzverteilung nicht den Fähigkeiten und Bedürfnissen zur Nutzung, so ergibt sich Sprengstoff, der sich unfriedlich entladen muß, wenn ihm das Ventil ständiger Erweiterung nicht zur Verfügung steht. Indem die Bodenreform den Besitz belastet und dadurch ökonomisch an die Nutzung bindet, nimmt sie ihm den Charakter eines Privilegs. Die Verteilung des Besitzes nach den Fähigkeiten und Bedürfnissen der Nutzer, die sich daraus ergibt, stellt allein schon einen wichtigen Beitrag zu einem friedlichen Zusammenleben dar.

b) Ganz wesentlich für den Frieden sorgt darüber hinaus die gleichmäßige Rückverteilung der Bodenrente, weil erst sie dem Einzelnen, auch wenn er von seinen Fähigkeiten her der Konkurrenz um Bodennutzungsrechte nicht gewachsen wäre, die finanzielle Ausstattung zu einem durchschnittlichen Mithalten gibt. Soweit es die Bodennutzung betrifft, fällt aus dieser Gesellschaft also kein Mitglied mehr heraus. Allen Tendenzen zur sogenannten $^2/_3$-Gesellschaft und dergleichen wird hier wirksam begegnet. Ein Land, in dem die Bodenreform Wirklichkeit wird, kennt keine Menschen, die sich nicht die Nutzung eines durchschnittlichen Grundstücks zum Wohnen und zum Arbeiten leisten könnten. Das ganze Konfliktpotential, das sich in den Ländern der sogenannten Dritten Welt nicht nur aus der Ungleichheit der Bodenverteilung, sondern aus der absoluten Verarmung mangels Teilhabe an Boden und anderen natürlichen Ressourcen ergibt, wäre damit beseitigt.

c) Muß der Inhaber des Bodennutzungsrechts die Bodenrente an die Allgemeinheit abführen, so verliert der Boden seinen Kapitalwert. Die Boden-

preise, d. h. bei der Erbbaurechtslösung: die Preise für das nackte Erbbaurecht (ohne Bau) und bei der Abgabenlösung: die Preise für Bodeneigentum (ebenfalls ohne Bau) sinken auf Null. Der Boden stellt damit keinen Vermögenswert mehr dar. Er eignet sich nicht mehr als Beute und weckt keine Eroberungsgelüste mehr. Dies ist vor allen Dingen für Gebiete mit Bodenschätzen, Wasservorkommen usw. wichtig, die ebenfalls Bodenrente abwerfen, für einen Eroberer aber uninteressant werden, wenn er die mit ihnen verbundenen Bodenrenten abführen muß. Sollte sich allerdings, wie eingewandt werden wird, ein kriegslüsterner Eroberer eben auch an die Bodenordnung nicht halten und einen Erbbauzins bzw. eine Abgabe nicht zahlen wollen, so macht er sich – siehe d) – nicht nur die bisherigen Besitzer, sondern die ganze übrige Menschheit zum Feind.

d) Die Rückverteilung der Bodenrente pro Kopf der Bevölkerung macht jeden Menschen zum ökonomischen Teilhaber jedes Quadratmeters Erdoberfläche. Das natürliche Interesse jedes Menschen an der ganzen Welt wird dann nicht mehr durch künstliche Eigentumsverhältnisse abgeschnitten, sondern befördert. Die Weltgemeinschaft ist daran interessiert, daß die Bodenrente voll erhoben wird, damit sie uneingeschränkt pro Kopf der Bevölkerung zurückverteilt werden kann. Jeder Eroberer steht daher vor der Wahl: entweder er zahlt die volle Bodenrente des eroberten Gebiets – das wird allerdings nur dann für ihn kein Verlustgeschäft, wenn er der kompetenteste Nutzer für die eroberten Flächen ist – oder er enthält der Weltgemeinschaft die Bodenrente vor und macht sie sich damit insgesamt zu seinem Feind. Einen mächtigeren Verbündeten als die gesamte Menschheit ist aber für den bisherigen Bodennutzer auf Erden nicht zu finden. Der Eroberer wird vor dieser traurigen Alternative resignieren und sich darauf besinnen, daß, wenn er wirklich der beste Wirt auf dem ins Auge gefaßten Boden ist, dieser ihm auch auf zivilem Wege mit der Zeit zur Verfügung stehen wird[5]).

3. Stadtplanung und -entwicklung

Die Stadtplanung und -entwicklung wird – ebenso wie die Planung und Entwicklung auf Regional- und Landesebene – durch die Bodenreform auf eine solide Grundlage gestellt:

[5]) siehe dazu auch »Fragen der Freiheit« Heft 245, S. 49. f.

a) Die Probleme der Stadtentwicklung wurden im o. g. Modell nur nach der Richtung der äußeren Ausdehnung geschildert. Aber nicht nur diese Grenze steht unter ständigem innerem Druck. Auch die Grenzen, die dem Bauen in die Höhe oder der sonstigen Nutzung gesetzt sind, werden infolge der unzulänglichen Verteilung von den Interessenten, die bei der gegenwärtigen Besitzverteilung nicht zum Zuge kommen, ständig in Frage gestellt: Wer im ausgewiesenen Baugebiet keinen Standort findet, versucht die Stadtplanung dahin zu beeinflussen, daß er entweder weiter in die Höhe bauen oder das Grundstück, das er hat, in anderer Weise nutzen darf als die Planung es vorsieht, nämlich so, wie es seinen Intentionen entspricht. Dieser Druck wird verstärkt von denjenigen, die sich von der Zulassung einer anderen oder höheren Bebauung Bodenrentensteigerungen versprechen. Ihr Interesse entspricht dem der Besitzer von Ackerland außerhalb des bisherigen Baulandareals, die sich bei einer Erweiterung der Bebauungsgrenze von der Umwandlung ihres Ackerlandes in Bauland Bodengewinne versprechen.

   Eine Bodenordnung, die mit Preisen arbeitet, ist nicht in der Lage, Angebot und Nachfrage nach Bodennutzung zum Ausgleich zu bringen.[6]) In ihr streben zwar die Nutzungsinteressenten nach dem Besitz, aber der Besitz bewegt sich nicht oder doch zu wenig auf die Nutzer zu. So klafft eine mehr oder weniger große Lücke zwischen Besitz und Nutzung, die nur durch eine Abgabe auf den Besitz, wie sie der Erbbauzins darstellt, geschlossen werden kann.

b) All diese Probleme werden durch eine Reform der Bodenordnung gelöst. Die laufende ökonomische Last des Erbbauzinses lenkt den Bodenbesitz zum Nutzer. Weil die Last des Erbbauzinses dem Besitzer ein Motiv gibt, sich von Boden zu trennen, mit dem er nichts mehr anfangen kann, hat derjenige, der Boden sucht, eine reelle Chance, ein für seine Pläne geeignetes Grundstück zu bekommen. Jeder findet den – unter den gegebenen Umständen – optimalen Platz für sich.

   Ein marktmäßig ermittelter Erbbauzins erfaßt die volle Bodenrente und reduziert dadurch die Nachfrage nach Boden genau auf das zur Bebauung ausgewiesene Areal. Und da jede Erweiterung der Nutzungsmöglichkeit für die begünstigten Grundstücke eine entsprechende Anpassung des Erbbauzinses zur Folge haben würde, entfällt auch von der Angebotsseite das ökonomische Interesse an einer Beeinflussung der Stadtpla-

[6]) Siehe dazu Fußnote [4])

nung, und zwar nicht nur an einer Erweiterung der Stadtgrenze in der Fläche (»Ackerland zu Bauland«), sondern auch in der Höhe.

Planerische und ökonomische Grenze kommen somit zur Deckung. Stadtplanung wird zu einem vom Interessendruck befreiten Prozeß, der sich dann auch – ganz im Gegensatz zu heute – gefahrlos in offenen Verfahren demokratisch abspielen kann, da die heutige Geheimnistuerei nicht mehr notwendig ist, wenn sich an die Stadtplanung und an ihre erwartete Entwicklung keine Bodenspekulation mehr knüpfen kann.

c) Als Resultat bleibt festzuhalten, daß die Bodenreform durch die gerechte Lösung der Verteilungskonflikte und durch die Verhinderung ungerechter ökonomischer Vorteile die Planung von der Einflußnahme der Bodeninteressenten befreit. Die Bodenreform bewirkt also Planungsneutralität der Bodenordnung. Die Begrenzung der Bebauung steht nicht länger unter dem Druck der Interessenten, der zu ihrer ständigen Ausweitung führt, sondern wird zu einer Frage der Erkenntnis, der Abwägung und Bewertung konkurrierender Nutzungsinteressen, insbesondere der Interessen an baulicher, agrarischer und an Freizeitnutzung.

Hortung und Spekulation, diese Störfaktoren jeder geordneten städtebaulichen Entwicklung, wird es aus offensichtlichen Gründen ebenfalls nicht mehr geben.

4. Die ökologische Problematik

a) Die Probleme der Stadtentwicklung und der Ökologie haben vieles gemeinsam, vor allem: beide brauchen Planung, und diese Planung zielt ganz wesentlich auf eine Begrenzung der zulässigen Nutzung des Bodens oder anderer natürlicher Ressourcen. Das Ausgangsbeispiel der ausufernden Stadt ist, von der Stadt aus gesehen, ein Problem der Stadtentwicklung, und von außen, von der Natur her gesehen das Problem des Flächenfraßes, der Landschaftszersiedelung und damit ein ökologisches Problem.

b) Auch im ökologischen Interesse ist also Planung, und zwar überwiegend im Sinne von Begrenzung der Nutzung der Natur, notwendig. Es wäre aber ein großer Irrtum zu meinen, es läge nur an der Planung und ihrer Durchsetzung, wenn heute der fortschreitenden Zerstörung der Natur zu

wenig Einhalt geboten wird. Aus den obigen Ausführungen dürfte für das Beispiel der Landschaftszersiedelung bereits deutlich geworden sein, daß eine Lösung der inneren Verteilungskonflikte Voraussetzung für die Planbarkeit und Durchsetzbarkeit der Nutzungsgrenzen auch zur Natur hin ist. Auf diese Problematik soll jedoch unter IV für einen Bereich, bei dem der ökologische Aspekt mehr im Vordergrund steht als bei der Stadtentwicklung, noch näher eingegangen werden.

c) Für eine weltumspannende Betrachtung der ökologischen Probleme ist noch folgender Gesichtspunkt von Bedeutung: wird durch die Rückverteilung jeder Mensch ökonomischer Teilhaber an jedem Quadratmeter Erdoberfläche und damit an der ganzen Erde, wird dadurch also die Erde wirklich zum Gemeinschaftsgut aller, so verwandelt sich – eben dadurch – die Menschheit in eine Gutsgemeinschaft. Hierfür sind die beiden Bewegungen konstitutiv, die mit der 2. und 3. Ebene dieser Betrachtung (siehe I.1.) beschrieben werden:

– Mit der Abschöpfung der Bodenrente (2. Ebene) werden die ökonomischen Sonderinteressen am Boden beseitigt und der dauernde Verteilungskampf um die mit dem Besitz verbundenen ökonomischen Vorteile beendet: Sonderinteressen stehen dem Gemeinschaftsinteresse dann nicht mehr entgegen.

– Durch die Rückverteilung der Bodenrente (3. Ebene) wird darüber hinaus jeder Einzelne an der Entwicklung des Ganzen interessiert. Ein mit der natürlichen, weltoffenen Veranlagung des Menschen einhergehendes Interesse an der Gestaltung und Entwicklung der Erde, hier des Bodens und seiner Nutzung, wird zugelassen und befördert.

Beide Aspekte – die Beseitigung von Sonderinteressen und die Vereinigung von Einzel- und Gesamtinteresse – machen die Menschheit in Bezug auf den Boden zu einer wirklichen Gemeinschaft. Sie bringen die Menschheit in eine Verfassung, in der sie in Bezug auf den Umgang mit der Erde und ihre Gestaltung handlungsfähig wird, weil sie nicht mehr durch entgegenstehende Sonderinteressen gelähmt, sondern durch allseitigen Interessengleichlauf instandgesetzt wird, das als notwendig und richtig Erkannte zu beschließen und umzusetzen. Das gilt natürlich nicht nur in Bezug auf den Boden, sondern entsprechend auch für die übrigen Bereiche der Natur. Wie ein Gärtner seinen Garten pflegt und nachhaltig nutzt, so wird auch die Menschheit mit ihrem Garten Erde umgehen, wenn sie selbst durch die (in einem erweiterten Sinne verstandene) Bo-

denreform erst in eine dafür taugliche Verfassung gebracht sein wird. Allerdings gilt auch das Umgekehrte: Solange die Menschheit die Verteilungsprobleme am Boden und an der Natur nicht wirklich gelöst und damit die Erde zum Gemeinschaftsgut gemacht hat (2. und 3. Ebene), wird sie selbst nicht zu einer Gutsgemeinschaft, zu einem »handlungsfähigen Subjekt«, das die großen ökologischen Aufgaben der Planung und Begrenzung (1. Ebene) meistern kann.

IV. Vom Boden zu den anderen Elementen und Naturreichen

1. Andere Umweltbereiche

Was bisher für das Verhältnis des Menschen zum Boden ausgeführt worden ist, gilt – mit spezifischen Abwandlungen – auch für sein Verhältnis zu den anderen Elementen (insbesondere Wasser und Luft) und Naturreichen (insbesondere Pflanzen- und Tierwelt).

So ist z. B. offensichtlich,

- daß Wasser (Süßwasser) ein Gut ist, dessen Verteilung in vielen Teilen der Welt grundlegende Probleme aufwirft,
- daß die ungelösten Verteilungsprobleme dieser Ressource weltweit zu den häufigsten Kriegsursachen zu werden drohen und
- daß die Übernutzung des Wassers als Aufnahmemedium für Emissionen eins der ganz großen ökologischen Probleme unserer Zeit ist.

Es ließe sich leicht zeigen, daß eine entsprechende Anwendung der bei der Bodenordnung gewonnenen Erkenntnisse – insbesondere bei Betrachtung in den 3 Ebenen (siehe I.1.) – auch bei diesen Problemen zu befriedigenden Lösungen führt.

Ein anderes Beispiel ist die Rodung des Regenwaldes in Südamerika. Sie erfolgt zu über 50 % durch Landlose, die infolge der ungerechten Verteilung des Bodens – weite Flächen des Großgrundbesitzes liegen brach! – nur in der ständigen Erweiterung der Nutzungsgrenzen eine Möglichkeit zum Überleben sehen. Die Zusammenhänge zwischen den Verteilungsproblemen (2. und 3. Ebene) und den Begrenzungsproblemen (1. Ebene), die wir an der Modellstadt und an anderer Stelle kennengelernt hatten, bestehen hier offensichtlich in ganz ähnlicher Weise. Auch liefert die Bodenreform politisch gangbare Zwischenschritte, die schon zu wesentlichen Verbesserungen führen würden. So würde eine Besteuerung

des Bodens, auch wenn sie nur einen Teil der erzielbaren Bodenrente erfaßt, das Halten von Brachland bald zu einem Verlustgeschäft machen und die Besitzer zur eigenen Nutzung – und damit zur Beschäftigung eines Teils der Landlosen – oder zum Verkauf veranlassen, wobei die Steuerlast auf die Preise drückt. Die Steuer könnte man zunächst einmal – als Land-Ausgleichsabgabe – nur an die Landlosen zurückverteilen, so daß diese in der Lage wären, den angebotenen Boden zu erwerben. Die Instrumente sowohl zu einer vorläufigen Besserung der Lage der Landlosen wie zum Schutz des Regenwaldes können so ohne weiteres aus der Idee der Bodenreform abgeleitet und flexibel, den Verhältnissen des jeweiligen Landes entsprechend eingesetzt werden.

2. Das Klimaproblem

Die Bedeutung der Grundgedanken der Bodenreform soll jetzt noch an der Luft aufgezeigt werden, und zwar an ihrer Fähigkeit zur Aufnahme von CO_2-Emissionen, da hiermit die zur Zeit wichtigsten und brisantesten Umweltprobleme, die aufgrund der CO_2-Emissionen zu erwartenden Klimaveränderungen, zusammenhängen. Das knappe Umweltgut ist hier also nicht die Luft als Substanz, sondern ihre Fähigkeit zur Aufnahme von CO_2.

Ausgangspunkt muß zunächst die Feststellung sein, daß die Kapazität der Atmosphäre zur Aufnahme von CO_2 begrenzt ist, daß diese Kapazität zum Teil schon von der Natur selbst in Anspruch genommen wird, daß dadurch aber durch den Menschen bedingte Emissionen in begrenztem Umfang nicht ausgeschlossen sind. Deren zulässiger Gesamt-Umfang muß durch Planung (1. Ebene) festgelegt werden. Da die Atmosphäre bzw. ihre begrenzte Aufnahmekapazität für CO_2-Emissionen ein »global good«, also ein der ganzen Menschheit zuzurechnendes, aber knappes Gut ist, stellt sich auch hier die Frage der Verteilung. Eine Übertragung der hierzu entwickelten Grundsätze der Bodenreform (2. und 3. Ebene) würde bedeuten, daß die Weltgemeinschaft Nutzungsrechte an dieser Kapazität meistbietend gegen eine laufende Abgabe vergibt[7]) und die eingehenden Gegenwerte, die an

[7]) Die Emissionen, für die die Nutzungsrechte benötigt werden, fallen im wesentlichen bei der Verbrennung fossiler Energieträger (Kohle, Erdöl, Gas) an. Wegen der – für jeden Energieträger ziemlich festen – Relation zwischen Verbrauchsmenge und CO_2-Emissionen wäre in diesem Fall eine Erfassung und Belastung der Emissionen schon bei der Förderung des Energieträgers möglich und zweckmäßig. Eine gründliche Untersuchung der Anwendbarkeit der sogenannten Zertifikatlösungen auf CO_2-Emissionen ist enthalten in: Kieler Studien des Instituts für Weltwirtschaft an der Uni Kiel, Joh. Heister, P. Michaelis u. a., Umweltpolitik mit handelbaren Emissionsrechten, Verlag Mohr/Siebek, Tübingen, ISSN 0340-6989.

den Nutzungsrechten hängenden ökonomischen Renten, gleichmäßig pro Kopf der Bevölkerung zurückverteilt.

Was bedeutet dies im allgemeinen?:

– Die Nutzungsrechte wandern zum besten Wirt, d. h. zu demjenigen, bei dem die Einschränkung oder Vermeidung der Nutzung mit den höchsten Kosten verbunden wäre. Das Entgelt übt einen ökonomischen Druck auf möglichst geringe Inanspruchnahme der CO_2-Aufnahmekapazität der Atmosphäre, d. h. auf möglichst wenig Emissionen aus. Die laufenden Abgaben, wenn sie knappheitsgerecht festgesetzt werden, begrenzen die Nachfrage exakt auf das von der Planung festgesetzte, langfristig vertretbare Volumen.

– Die Rückverteilung pro Kopf der Bevölkerung macht jeden Menschen zum gleichberechtigten Teilhaber an der Atmosphäre bzw. an den knappen Nutzungsrechten und gibt ihm die finanzielle Ausstattung für eine im Ergebnis kostenlose Durchschnittsnutzung.

Was bedeutet das konkret?:

– Von 20 % der Erdbevölkerung, nämlich den Industrieländern, gehen derzeit 80 % der menschlichen CO_2-Emissionen aus. Diese 80 % allein sind schon mehr als das, was langfristig vertretbar ist. Die Vermehrung der CO_2-Emissionen, die zu erwarten ist, wenn etwa China sich im gleichen Sinne mit dem Auto motorisiert wie die Industriestaaten, würde wohl die Klimakatastrophe unabwendbar machen.

  Klar ist auch, daß sich China durch den Hinweis auf die Klimakatastrophe von diesem Weg der Motorisierung nicht wird abhalten lassen. Die Lebensgewohnheiten der Industrienationen geben ein Vorbild ab, das einen Hang zum Gleichziehen, zur Gleichheit auslöst, dem gegenüber selbst der sichere gemeinsame Untergang offenbar keine ausreichende Abschreckungswirkung entfaltet.

– Wie sieht die Situation aus, wenn eine auf den Grundgedanken der Bodenreform ruhende Ordnung für das Verhältnis des Menschen zur knappen CO_2-Aufnahmekapazität der Atmosphäre eingerichtet wird? Da es wahrscheinlich nicht möglich sein wird, von heute auf morgen die CO_2-Emissionen auf das langfristig vertretbare Volumen herabzuschrauben, müßte die Planung (1. Ebene) einen Reduzierungspfad vorgeben, der

beim heutigen Stand anknüpft und nach einer auch die ökonomischen Probleme der Umstellung berücksichtigenden Frist bei dem Stand mündet, der langfristig vertretbar ist. Die Weltgemeinschaft vergibt sodann Benutzungsrechte gegen laufende Abgaben, deren Höhe durch Meistgebot ermittelt wird (2. Ebene). Das bedeutet für die Industriestaaten eine rasch steigende Abgabenlast, die Dank der Rückverteilung pro Kopf der Weltbevölkerung (3. Ebene) zu einem erheblichen Teil in China ankommen wird. Die Industrienationen haben damit einen starken ökonomischen Anreiz zur Reduzierung ihrer Emissionen, während China nicht nur einen Anreiz hat, den Weg der Motorisierung über das Auto, für den es ebenfalls Nutzungsrechte erwerben müßte, zu vermeiden, sondern durch die Transfers zugleich die finanziellen Mittel in die Hand bekommt, z. B. eine an der Schiene orientierte Infrastruktur aufzubauen und eine entsprechende Verkehrspolitik zu betreiben.

Ohne solche Transfers werden China und andere Länder nicht dazu zu bewegen sein, auf eine Motorisierung nach dem Vorbild der Industriestaaten zu verzichten. Und ohne die Lasten, die diese Transfers für die Industriestaaten bedeuten, wird auch diesen selbst eine Umkehr aus der ökologischen Sackgasse, in der sie sich in Bezug auf einige »global goods« befinden, nicht gelingen.

Auch hier zeigt sich, was sich wie ein roter Faden durch alle Bereiche hindurchzieht: Ohne eine Lösung der weltweiten Verteilungsprobleme werden die weltweit notwendigen Begrenzungsprobleme politisch nicht durchsetzbar sein. Das hat auch die Klimakonferenz gezeigt, die 1999 in Bonn stattfand und an der angeblichen Unvereinbarkeit von Begrenzungs- und Verteilungszielen gescheitert ist.[8])

Von der Bodenreform kann man auch lernen, Gefahren zu vermeiden, die heute in der umweltpolitischen Diskussion schon deutlich absehbar sind: So werden z. B. durchaus Modelle diskutiert, die mit Nutzungsrechten, sog. Zertifikaten, arbeiten. Aber es ist ein entscheidender Fehler, daß diese Zertifikate nicht gegen laufende Gebühren, sondern gegen einmalige Preise abgegeben werden sollen, daß sie also einen Kapitalwert haben und handelbar sein sollen. Die Bodenreform lehrt, daß Nutzungsrechte an der Natur keinen Kapitalwert haben dürfen, weil sonst dem Mißbrauch, u. a. durch Hortung und Spekulation, Tür und Tor geöffnet ist.

[8]) Eine Tagung zum Thema: »Ordnungspolitische Wege zur Verhinderung einer Klimakatastrophe« ist für 9./10. Dezember 2000 (neuer Termin!) in Bad Boll vorgesehen.

Ein weiterer wichtiger Punkt: Die Einnahmen aus der Vergabe von Zertifikaten stehen jedem einzelnen Menschen anteilig zu, nicht den Staaten – und wenn den Staaten, weil diese eine Weiterleitung an ihre Bevölkerung ablehnen, so doch auf jeden Fall den Staaten nach ihrer Bevölkerungszahl. Es geht hier letztlich um die ökonomische Realisierung eines menschlichen Teilhaberechts und nicht um etwas, was Staaten zusteht und zwischen ihnen verhandelt und verhökert werden kann.

Schließlich: Der status quo als Ausgangsbasis darf letztlich keine Rolle spielen. Die derzeitige Verteilung der Nutzung entspricht der zufälligen historischen Entwicklung. Sie kann nicht maßgebend sein für die zukünftige Nutzung und insbesondere nicht für die Verteilung der Nutzungsentgelte. Wenn die Staaten ihre bisherigen Emissionen als Ausgangsbasis für die Verteilung betrachten und erst von hier aus die weiteren Entwicklungen und ihr Verhältnis untereinander festlegen wollen, dann bedeutet dies, daß ein Teil der Menschheit, nur weil er der erste war, der die Umwelt in der fraglichen Richtung in Anspruch genommen hat, das Recht bekommt, alle anderen Menschen von dieser Ressource dauerhaft auszuschließen. Die Prädominanz der Industriestaaten würde zementiert. Auch die Industriestaaten müssen sich aber überlegen, welche Konsequenz dieses Verfahren für andere Naturgüter wie etwa den Regenwald hat, deren Nutzungsrechte wegen ihrer Belegenheit in andern Ländern liegen, die dann aufgrund dieses falschen Denkansatzes berechtigt wären, darüber wie über ihr Privateigentum – auch durch komplette Rodung – zu verfügen.

Bedenkt man, daß die CO_2-Aufnahmekapazität der Atmosphäre eine sehr viel größere Chance auf Anerkennung als »global good«, als »Erbteil der gesamten Menschheit« hat als der Boden, daß auch die Berufung auf Geschichte und Besitzstände, die die heutige Bodenverteilung weitgehend bestimmt, bei der Verteilung dieser Ressource letztlich kein solches Gewicht haben dürfte, so scheint die weltweite Umsetzung bodenreformerischer Ideen bei der Luft – in ihrer o.g. Qualität als Aufnahmespeicher für CO_2 – sogar die besseren Chancen zu haben als beim Boden, jedoch sicher mit positiven Rückwirkungen auf eine gleichgeartete Sicht bei anderen Umweltgütern und damit auch beim Boden. Die Bodenreform würde dann gewissermaßen zuerst in der Luft stattfinden und später erst beim Boden selbst.

V. Folgerungen für bodenreformerische Bemühungen

1. Eine in der Sache sichere Bodenreformbewegung könnte hier und heute durchaus schon erste Schritte unterstützen, die im Sinne ihrer unmittelbaren, bodenbezogenen Zielsetzung liegen: nicht nur durch ein Eintreten

für das kommunale Erbbaurecht, sondern auch durch den Einsatz für eine Änderung der Bodenbesteuerung in dem Sinne, daß nur noch der Boden besteuert wird, während das Bauwerk steuerfrei bleibt.

2. Woran es noch fehlt, ist ein Ausbau der Ideen der Bodenreform für die Nutzung der übrigen Elemente und Naturreiche. Denn hier gibt es sachbedingte Besonderheiten, die zu berücksichtigen sind. Trotzdem bleiben die Grundgedanken übertragbar. Bodenreform ist daher heute in einem erweiterten Sinne zu verstehen und bedeutet eine Neuordnung des Verhältnisses der Menschheit zu ihren natürlichen Lebensgrundlagen.

3. Die Ausführungen dieses Beitrags werden gezeigt haben, daß es viele Ansatzpunkte gibt, um im Sinne einer so verstandenen Bodenreform tätig zu werden, und unübersehbar viele Initiativen und Organisationen, die auf diese Probleme angesprochen werden müßten:

   a) Für den Aspekt der Verteilungsgerechtigkeit denke man an die vielen Gruppierungen, die die Idee einer »einen Welt« vertreten, ferner an die diversen Landlosen-Bewegungen insbesondere in Lateinamerika, schließlich an alle sonstigen Länder, in denen eine Verteilungsgerechtigkeit herstellende Bodenreform die Armut beseitigen oder doch wesentlich mildern könnte.

   b) Für den Aspekt des Friedens wären die zahlreichen Gruppierungen ansprechbar, die sich für den Frieden in der Welt oder einzelnen Gebieten und Ländern einsetzen.

   c) Für den Aspekt der Stadtplanung und Stadtentwicklung müßten Architekten, Stadt- und Regionalplaner, Soziologen, Kommunalpolitiker usw. zu gewinnen sein.

   d) Für die ökologischen Aspekte wäre die gesamte Umweltbewegung mit ihren unüberschaubar vielen Gruppierungen ansprechbar.

   Natürlich wäre in jedem Einzelfall sorgfältig zu prüfen, welche Zielsetzungen und welche Arbeitsweise die Gruppierung hat, die man anzusprechen gedenkt, und man müßte sich deutlich bewußt sein, welche Aspekte der im weitesten Sinne verstandenen »Bodenreform« für die Gruppierung und ihre Mitglieder von Interesse sein werden. Andererseits haben diese Gruppierungen Kenntnisse von Gegebenheiten, die die Vorstellungen der Bodenreformer präzisieren, möglicherweise auch modifizieren

könnten. Und schließlich hat eine Reihe der Gruppierungen, die anzusprechen sich lohnen würde, im Rahmen der nationalen wie der internationalen Diskussion durchaus Einfluß.

4. Damit liegt ein immenses, an Aktualität kaum zu überbietendes Tätigkeitsfeld vor. Die Idee der Bodenreform stellt den Schlüssel dar, mit dem viele der Probleme, mit denen sich zugleich die erwähnten Gruppen befassen, gelöst werden könnten. An potentiellen Bündnispartnern fehlt es also nicht. Wenn sich nur genügend Menschen bereit fänden, sich diesen Schlüssel wirklich anzueignen und engagierten Gebrauch davon zu machen!

Die Autoren dieses Heftes:

Fritz Andres
Dhauner Straße 180, 55606 Kirn

Helmut Creutz
Monheimsallee 99, 52062 Aachen

Prof. Dr. Roland Geitmann
Martin-Bucer-Straße 6, 77694 Kehl

Fundstelle des Mottos:
J. M. Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, 1935, S. 316–317

Tätigkeitsbericht 1998/99

Mit den beiden Berichtsjahren ist ein Jahrhundert zu Ende gegangen. Selbst wenn man den Rückblick auf die zweite Hälfte dieses Zeitraums beschränkt, wird deutlich, daß die Probleme, die eigentlich hätten bewältigt werden müssen, bei weitem nicht gelöst worden sind.

Zunächst waren zwar mit dem Grundgesetz für den staatlichen und mit der Sozialen Marktwirtschaft für den wirtschaftlichen Bereich verheißungsvolle Neuanfänge gelungen und die Mitte der fünfziger Jahre einsetzende Vollbeschäftigung schien vielen ebenfalls bald zu den gesicherten Errungenschaften einer neuen Zeit zu gehören. Aber es zeigte sich doch, daß ohne Überwindung des kapitalistischen Elements auch die Soziale Marktwirtschaft auf Dauer nicht wirklich soziale Verhältnisse gewährleisten kann. Und in Gestalt der ökologischen Probleme ereilte uns das Versäumnis, daß weder in der Wissenschaft noch in der Politik die Fragen der Bodenordnung und des Verhältnisses der Menschen zu den übrigen Naturreichen behandelt, beantwortet oder gar zufriedenstellend geregelt worden sind.

Der bei weitem größte Rückstand ungelöster Probleme, die wir nun ins vor uns liegende Jahrhundert mit hinüberschleppen, besteht jedoch in der nach wie vor unangetasteten und politisch nicht in Frage gestellten Verstaatlichung und Bürokratisierung unseres Bildungswesens, das eine am sich entwickelnden Menschen orientierte Pädagogik verhindert und so die Gesellschaft von ihrem Jugend- und Erneuerungspol her austrocknet. So war nicht erstaunlich, daß die letzte unserer Tagungen des vergangenen Jahres, die dem Thema »Wie kommt das Neue in die Gesellschaft?« gewidmet war, in der Frage nach der Zukunft unseres Bildungswesens ihren eigentlichen Schwerpunkt fand.

Währungspolitik

Einen wichtigen Platz im Tagungsgeschehen der beiden vergangenen Jahre hatte wiederum die Währungspolitik. Durch die Einführung des Euro, aber auch durch die von der internationalen Währungsspekulation ausgelösten Wirtschaftskrisen in verschiedenen Teilen der Welt hatten Währungsfragen das Interesse weiter Kreise der Öffentlichkeit auf sich gezogen. Mehr in Fachkreisen und hinter vorgehaltener Hand wurde auch über die Gefahr einer weltweiten Deflation gesprochen, wozu die Erinnerung an die 70 Jahre zurückliegende Weltwirtschaftskrise zusätzlichen Anlaß gab.

Man kann nicht behaupten, daß es hinsichtlich der deflationären Gefahren einer Politik des stabilen Geldwerts einen nennenswerten Erkenntnisfortschritt gäbe. Die Deflation in Japan und mittlerweile auch in anderen Ländern mit ihren sichtbaren Folgen für Geldumlauf, Konjunktur und Beschäftigung halten insbesondere in Europa weder Währungstheoretiker noch Währungspolitiker davon ab, den stabilen Geldwert über alles zu stellen. Wie sehr man sich damit schon lange im Vorhof der Deflation, d.h. auch ohne Sinken des Preisniveaus in einer quasi-deflatorischen Situation befindet, wird weder wahrgenommen noch befürchtet. Warnungen und Hinweise in diese Richtung scheinen nur von amerikanischen Ökonomen zu kommen.

Mit den Tagungen »Die Zukunft mit dem Euro hat begonnen« und »Im Vorhof der Deflation« haben wir versucht, im Rahmen unserer Möglichkeiten einen bescheidenen Beitrag zu leisten, um auf die zentrale, in der Eigenart unseres Geldwesens begründete Problematik dieser währungspolitischen Situation hinzuweisen. Ergänzt wurden diese Tagungen durch unser nun schon mehrfach erfolgreich abgehaltenes Elementarseminar »Das Geld im Kreislauf der Volkswirtschaft«, das wir nicht nur in Bad Boll, sondern auch in der Universität Witten/Herdecke mit überwiegend studentischen Teilnehmern durchführen konnten.

Elementarseminare

Die Reihe unserer Elementarseminare haben wir fortgesetzt durch Veranstaltungen zum Thema »Kapital und Arbeit im Unternehmen«, »Die Zukunft des Bildungswesens« und »Metamorphosen des Generationenvertrages«.

Unternehmensverfassung

»Kapital und Arbeit im Unternehmen« nimmt aus dem großen Thema »Marktwirtschaft ohne Kapitalismus« den wichtigen Bereich der Unternehmensverfassung heraus und macht deren Abhängigkeit von der Ausgestaltung des Geldwesens und der Konjunktur, insbesondere aber von der Beschäftigung deutlich. Während man immer wieder die Erfahrung macht, daß die Fragen der Geldordnung vielen Menschen zu abstrakt erscheinen, werden die Auswirkungen hier, wo die meisten eigene Erfahrungen einbringen können, anschaulich und dem Erleben zugänglich. Wenn auf diese Weise die mittel- und langfristigen Auswirkungen einer Geldreform auf einem den Teilnehmern vertrauten Lebensgebiet deutlich werden, so werden sie

sich wohl auch eher für die Ursachen und damit für das Geldwesen interessieren.

Metamorphosen des Generationenvertrages

Neuland haben wir mit der Tagung zum Thema »Metamorphosen des Generationenvertrages« betreten. Der methodische Ansatz, bei der Betrachtung der Probleme jeweils die Drei-Generationen-Familie an einem Tisch mit der Gesamtgesellschaft zu kontrastieren, hat sich zur Aufhellung der Zusammenhänge sehr bewährt. Ein Rentensystem, das die Illusion nährt, die mittlere Generation könne durch Versorgung der Alten für ihr eigenes Alter vorsorgen, bedeutet, den einzig möglichen Garanten einer Altersversorgung, nämlich die Kinder, aus der Betrachtung auszublenden und damit übrigens auch faktisch ihr Ansehen in der Gesellschaft zu entwerten. Denselben Effekt hat die Altersvorsorge durch Kapitalbildung, die, sobald sie versucht, sich von der Abhängigkeit von der nächsten Generation zu lösen, ebenfalls illusionär ist. Die Tagung soll in einem der nächsten Hefte umfassend dokumentiert werden. Wichtige Beiträge zum Thema wurden bereits in »Fragen der Freiheit« Heft 248 und 251 abgedruckt. Insbesondere sei auf den grundsätzlichen Beitrag von Professor Suhr in Heft 248 an dieser Stelle noch einmal besonders hingewiesen.

Die Zukunft des Bildungswesens

Die bildungspolitische Diskussion unserer Zeit krankt nach wie vor daran, daß sie sich zu sehr auf pädagogische statt auf ordnungspolitische Fragen konzentriert oder beides miteinander vermischt. Auch sinnvolle Forderungen wie die nach mehr Autonomie für die einzelne Schule werden aber letztlich in der Umsetzung auf halbem Wege stecken bleiben, solange sie nicht als Teil eines ordnungspolitischen Gesamtkonzepts gesehen werden. Allerdings ist ein solches Konzept ohne wissenschaftliche Grundlage nicht zu haben. Ziel unserer Bemühungen ist es daher vor allem, die Notwendigkeit einer ordnungspolitischen Diskussion der Probleme unseres Bildungswesens bewußt zu machen. Daß hier ein Wissenschaftszweig kreiert werden muß, der den Bereich von Bildung und Kultur in ähnlicher Weise zu seinem Gegenstand macht, wie dies die Wissenschaft vom Staat seit 2000 Jahren und die Wirtschaftswissenschaft seit 200 Jahren mit ihren Gebieten gemacht haben, diese Einsicht scheint uns vor allem notwendig zu sein. Sie zu vermitteln war Ziel der Tagung »Die Zukunft des Bildungswesens – frei von staatlicher Bürokratie und privatem Kommerz«.

Umweltpolitik

Mit der Tagung »Wege aus der Umweltkrise« hatten wir den Versuch unternommen, die Beschädigungen der verschiedenen Naturreiche in ihrer ordnungspolitischen Bedingtheit aufzuklären. Dabei wurde deutlich, daß die notwendige Begrenzung der Nutzung der Natur nicht nur eine Frage staatlicher Planung und Festlegung ist, sondern daß die Planung ihrerseits nur zu ausgewogenen, dem Maßstab der Nachhaltigkeit genügenden Ergebnissen führt, wenn sie mit einer ressourcensparenden und gerechten Verteilung der begrenzten Nutzungsrechte einhergeht. M.a.W. die Lösung der ökologischen Probleme setzt die Lösung der Verteilungsprobleme voraus.

Dieser aus den Überlegungen zur Bodenordnung gewonnene Gedanke erweist sich weiterführend auch für die Betrachtung anderer Umweltbereiche. Nachdem an der scheinbaren Unauflöslichkeit des Konflikts zwischen Umwelt- und Verteilungszielen die Klimakonferenz von Bonn 1999 gescheitert ist, werden wir im November dieses Jahres die Aufnahmekapazität der Atmosphäre für Emissionen, insbesondere für CO_2, in den Mittelpunkt einer Tagung stellen und an diesem Beispiel die Universalität und Übertragbarkeit der an der Bodenfrage gewonnenen Erkenntnisse ausloten.

*

Am 29. November 1999 ist Fritz Penserot verstorben. Er gehörte mit den Brüdern Vogel zu den Gründern des Seminars für freiheitliche Ordnung und bis in seine letzten Lebensjahre zu dessen tragenden Säulen. Mit ihm hat uns die letzte, zum engsten Initiativkreis der Gründergeneration gehörende Persönlichkeit noch im alten Jahrhundert verlassen. Noch Heft 249 der »Fragen der Freiheit« hat er – wie fast alle Hefte bis dahin – korrekturgelesen. Heft 252 ist seinem Andenken gewidmet.

Seit 1998 erscheint das Seminar für freiheitliche Ordnung unter www.sffo.de auch im Internet. Einige Beiträge aus »Fragen der Freiheit« sowie die laufenden Tagungsprogramme sind dort publiziert. Ein Ausbau unseres Auftritts ist in Arbeit. Teilen Sie uns bitte mit, wenn Sie Anregungen zur Verbesserung unserer Selbstdarstellung haben.

Unsere Planung sieht für das vor uns liegende Jahr 2000 folgende Veranstaltungen*) vor:

Termin	**Tagungsthema**
12./13. Februar	Marktwirtschaft ohne Kapitalismus (gemeinsam mit der INWO-Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung, Deutschland)
27./28. Mai	Marktwirtschaft ohne Kapitalismus (an der Uni Witten/Herdecke)
1./2. Juli	Wege aus der 2/3-Gesellschaft
7./8. Oktober	Soziale Kälte – Preis der Freiheit?
28./29. Oktober	Arbeit und Kapital im Unternehmen – Strukturen von gestern für Unternehmen von morgen?
11./12. November	Arbeit und Kapital im Unternehmen – Strukturen von gestern für Unternehmen von morgen? (an der Uni Witten/Herdecke)
9./10. Dezember**)	Ordnungspolitische Wege zur Verhinderung einer Klimakatastrophe

* Änderungen vorbehalten! Nähere Auskünfte beim Seminar-Büro.
** Neuer Termin!

Neben diesen Tagungen bieten wir Vorträge und Elementarseminare zum Geldwesen, der Bodenordnung, zu »Marktwirtschaft ohne Kapitalismus«, dem Bildungswesen, dem Generationenvertrag und der Interdependenz der Ordnungen an. Wir bitten Sie als Leser dieses Tätigkeitsberichts zu überlegen, ob Sie in Ihrem Umkreis die Möglichkeit sehen, eine solche Tagung zu organisieren bzw. bei sich selbst oder bei Ihnen zugänglichen Organisationen Vorträge oder Seminare zu vermitteln. Die Vorstandsmitglieder des Seminars sind gern bereit, solche Veranstaltungen unentgeltlich, d. h. lediglich gegen Erstattung der Kosten für Fahrt und Unterkunft zu bestreiten.

Mit freundlichen Grüßen

Seminar für freiheitliche Ordnung e. V.

F. Andres

Fritz Andres
(Vorstandsmitglied)

Dieses Buch bietet sowohl Fachleuten als auch Laien Aufschlüsse über die Rolle des Geldes in Gesellschaft und Politik. Es antwortet auf Fragen wie zum Beispiel: Warum gerät die Finanzwelt immer mehr aus den Fugen? Warum haben die Notenbanken Geldmenge und Kaufkraft nicht im Griff? Was haben die Schwankungen der Zinssätze mit der Arbeitslosigkeit und der Schuldenzunahme zu tun? Woher kommen die Turbulenzen an den Devisen- und Aktienmärkten? Warum vertieft sich der Gegensatz zwischen Reichtum und Armut bei uns und weltweit immer weiter? Warum muss die Wirtschaft unaufhörlich wachsen? Warum kommt es weltweit zu immer neuen gewaltsamen Konflikten und Kriegen? Anhand von – auch grafisch aufbereiteten – Zahlen, Daten und Fakten wird in diesem Buch erläutert, wie soziale, ökologische und militärische Konflikte mit fehlerhaften Strukturen unseres Geldsystems zusammenhängen. Und es enthält Vorschläge zur Korrektur des Geldsystems.

Helmut Creutz • **Das Geldsyndrom**
Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft
Berlin: 4. Auflage 1997. 464 Seiten, DM 24,90
ISBN: 3-548-35456-4 • Ullstein-TB 35456

WERNER ONKEN:
Silvio Gesell und die Natürliche Wirtschaftsordnung – Eine Einführung in Leben und Werk

194 Seiten ■ Pb. ■ ISBN 3-87998-439-5
DM 29,80 ■ ÖS 250,00 ■ SFR 31,80

Dieses Buch enthält die überarbeiteten und aktualisierten Vorworte, die Werner Onken zu den 18 Bänden von Gesells "Gesammelten Werken" verfaßt hat. Die Vorworte waren von vornherein so konzipiert, daß sie auch für sich genommen ein eigenständiges Buch ergeben, das jene bislang häufig vermißte systematische Einführung in Gesells Gedankenwelt bietet.
Mit Hilfe dieses Leitfadens können sich darin nunmehr Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, Rechts- und Politikwissenschaftler, Historiker, Theologen, Philosophen und nicht zuletzt interessierte Nichtfachleute orientieren. Das Buch enthält auch eine Fülle von Anregungen für eine Weiterentwicklung der Bodenrechts- und Geldreformtheorien.

VERLAG FÜR SOZIAL ÖKONOMIE
Postfach 1320 - D-24319 Lütjenburg
Fon: 04381-7012 - Fax: 04381-7013
E-Mail: versand@gauke.de
Internet: www.sozialoekonomie.de

Die Autoren tragen die Verantwortung für ihre Beiträge selbst. Für nicht-verlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck, auch auszugsweise, mit Genehmigung des Herausgebers.

Gesamtinhaltsverzeichnis der in »Fragen der Freiheit« erschienenen Beiträge kann angefordert werden.

Vierteljahresschrift »Fragen der Freiheit«
Herausgeber: Seminar für freiheitliche Ordnung e. V.
Begründet durch Diether Vogel †, Heinz-Hartmut Vogel †, Lothar Vogel †

Redaktion: Fritz Andres % Seminar für freiheitliche Ordnung e.V.

Bezug: Seminar für freiheitliche Ordnung e. V.,
Badstr. 35, D-73087 Boll, Telefon (0 71 64) 35 73
Fax (0 71 64) 70 34, E-mail info@sffo.de
Internet www.sffo.de

Preis: Jahresabonnement DM 50,—, sfr. 40,—, ö. S. 350,—, Euro 25,—
Jahresabonnement für Schüler, Studenten und Auszubildende: DM 30,—, sfr. 25,—, ö. S. 220,—, Euro 15,—
(einschließlich Versandkosten)

Einzelhefte: DM 10,— sfr. 8,—, ö. S. 70,—, Euro 5,— (zuzügl. Versandkosten)

Wer die steuerlich als gemeinnützig anerkannte Arbeit des Seminars für freiheitliche Ordnung e. V. als *förderndes Mitglied* mit einem Mindestbeitrag von DM 125,—, sfr. 100,—, ö. S. 900,—, Euro 60,— pro Jahr unterstützt, wird über die Arbeitsergebnisse durch die regelmäßige, *unentgeltliche* Lieferung der »Fragen der Freiheit« informiert.

Sammelmappen: jeweils für 1 Jahr DM 10,—, srf. 8,—, ö. S. 70,—, Euro 5,— zuzügl. Versandkosten. Abonnement möglich

Bank: Kreissparkasse Göppingen Nr. 20 011, BLZ 610 500 00
Raiffeisenbank Boll Nr. 482 999 004, BLZ 600 697 66

Postbank: Frankfurt am Main 26 14 04-602, BLZ 500 100 60
Schweiz: Postscheckamt Bern 30-30 731/9

ISSN 0015-928 X
Satz: Satzstudio Späth GmbH, 73102 Birenbach
Druck: Druckerei Müller, 73102 Birenbach
Printed in Germany